

Oktober 2010

KURSWECHSEL FÜR EIN
GUTES LEBEN



metallzeitung

MITGLIEDERZEITUNG DER IG METALL | JAHRGANG 62 | D 4713

WWW.IGMETALL.DE

AKTUELL SEITE 6

**Tarifrunde in der
Stahlindustrie läuft**

LEBEN SEITE 24

**Gewerkschaftsmuffel
gekonnt überzeugen**

CHANCEN SEITE 27

**Alles rund um den
Bildungsurlaub**

BEZIRK SEITE 28



Aktuell

Stahlbranche: Die Stahlindustrie freut sich über volle Auftragsbücher und steigende Gewinne. Der Aufschwung kommt in großen Schritten. Zeit für mehr Geld. Sechs Prozent mehr fordert die IG Metall für die 92 000 Beschäftigten. **Auf Seite 6 »**

Arbeit

Recht so: Leiharbeiter haben Rechte, von denen sie entweder gar nichts wissen oder von denen sie keinen Gebrauch machen. Zum Beispiel können sie nach einer gewissen Zeit den Betriebsrat mitwählen. Mehr Tipps **auf Seite 12 und 22»**

Titelthema

Kurswechsel jetzt: Es geht wieder aufwärts. Und die Regierung macht weiter wie vor der Krise: Politik für die Märkte auf Kosten der Mehrheit der Menschen. Leiharbeit, Rente mit 67, Sparpaket. So nicht, sagt die IG Metall. Sie steuert voll dagegen, mit ihrer Kampagne »Kurswechsel für ein gutes Leben« und hunderten Aktionen. **Auf den Seiten 18 bis 21 »**



Leben

Komische Ausreden: Gewerkschaftsmuffel haben manchmal komische Ausreden, nicht der IG Metall beizutreten. Was also sagen wenn jemand meint »Die Tarifierhöhung bekomme ich ja auch so«? Argumente, um Hartnäckige zu überzeugen. **Auf Seite 24 »**

Chancen

Ingenieursstudium: Der Titel des Diplom-Ingenieurs ist ein Auslaufmodell und wird durch Bachelor und Master ersetzt. Versuchen von einigen Hochschulen, den Diplom-Ingenieur zu reanimieren, erteilt die IG Metall eine klare Absage. **Auf Seite 26 »**

Impressum

Herausgeber: Berthold Huber, Detlef Wetzels, Bertin Eichler, Beauftragter der Herausgeber: Jan Engelhardt

Anschrift: Redaktion **metallzeitung**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79,
60329 Frankfurt am Main

Redaktionsleiterin: Susanne Rohmund (verantw. i.S.d.P.)
Chefredakteurin: Susanne Rohmund

Chefin vom Dienst: Ilka Grobe
Redaktion: Volker Beck, Dirk Erb, Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer, Antonela Pelivan
Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Bildredaktion: Michael Schinke
Sekretariat: Beate Albrecht, Marion Brunsfeld
www.igmetall.de/metallzeitung

Vertrieb: Reinhold Weißmann,
Telefon: 069-66 93-22 24
Fax: 069-66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

Anzeigen: Petra Wedel
Telefon: 06151-81 27-0
Fax: 06151-89 30 98,
E-Mail: info@zweiplus.de

Druck und Versand: apm AG, Darmstadt

Leser-Telefon:
0800-446 38 25
Montag bis Freitag:
9:00 Uhr bis 16:00 Uhr (gebührenfrei)
Fax: 069-66 93-20 02
E-Mail: metallzeitung@igmetall.de

Leser-Briefe:
Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Mitglieder zu Wort kommen zu lassen. Es ist leider nicht möglich, alle Leserbriefe und Leser-E-Mails abzudrucken.

metallzeitung erscheint monatlich. Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier, auf dem die **metallzeitung** gedruckt wird, besteht zu 70 Prozent aus Altpapier und zu 30 Prozent aus FSC- und PEFC-zertifiziertem Holz, das aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung in Süddeutschland und in der Schweiz stammt.



Unser Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder:
metallzeitung gibt es auch als **Word-** oder als **PDF-Datei**. **Bestellung an:** metallzeitung@igmetall.de

Ausbildung und dann in die Leiharbeit

metallzeitung 9/2010, Interview

»Ich musste als Leiharbeiter im Waggonbau Ammendorf GmbH auf dem Prüfstand arbeiten. Eine S-Bahn auf Fehler überprüfen. Zuerst als Handlanger, später als Wagenmeister. Als die Stammbesatzung feststellte, dass ich Diplomingenieur bin und die Fehler viel schneller fand als die meisten, sahen sie eine Gefahr in mir. Sie beschwerten sich beim Meister und schwärzten mich an, ich würde schlecht arbeiten. Ohne mit mir zu sprechen schickte mich der Chef des Prüfstandes dann von heute auf morgen zurück zur Verleihfirma, von der ich dann die »verhaltensbedingte« Kündigung bekam. Erst Jahre später traf ich meinen ehemaligen Chef des Prüfstandes zufällig auf der Straße. Auf meine Frage, warum er mich damals zu den Vorwürfen nicht befragte, meinte er lapidar: »Naja, Du warst doch bloß Leiharbeiter, wegen sowas streite ich mich doch nicht mit den Kollegen rum.«

Andreas Frühauf, per E-Mail

»Das Lied von Hannes Wader »Heute hier morgen dort, bin kaum da da muss ich fort« kann man auch auf Leiharbeit übertragen: Wie unfreie Fronknechte werden wir hin und her geschoben für Lohn-Dumpingpreise. Aber hinter jeder Personalnummer steht nun mal ein Mensch, meist mit Familie. Immer nur wie ein ausgeliehenes und ausgegrenztes Blatt im Wirbelwind der Wirtschaft hin und hergestoßen zu werden tut irgendwann unsagbar weh.«

Volker Lommel, Haiger

»Michael B. im Interview mit der **metallzeitung** nennt die Leiharbeit die moderne Art der legalen Versklavung. Dies trifft den Kern genau. Man könnte sie auch als Seelenverkäufer bezeichnen. Etwa die Hälfte der agierenden Zeitar-

beitsfirmen sind schwarze Schafe. Einige Beispiele: Schichtzuschläge sind so gewählt, dass keine bezahlt werden müssen (erst ab 23:00 Uhr). Überstunden werden erst bezahlt, sobald man über 200 gesammelt hat. Die Zeitarbeitsfirma bucht mir Stunden vom Arbeitszeitkonto ab für Zeiten, in denen er keine Arbeit für mich hatte. Das ist Betrug! Diese Firmen können ihre miesen Machenschaften nur deswegen durchsetzen, weil viele Leute sich das gefallen lassen. Und die Regierung das alles auch noch unterstützt.«

Dieter Epp, Aschaffenburg

»Traurig aber wahr: Das Interview zeigt eine normal gewordene Arbeitssituation eines jungen Menschen in einem großen Betrieb. Dazu kommen die Subunternehmen von Unternehmen, die wiederum andere Löhne zahlen. Letztendlich arbeiten drei »Sorten Arbeitnehmer« für das gleiche Produkt! Die Errungenschaften der harten Tarifrunden werden durch das System Leiharbeit und Tochterfirmen unterwandert und konterkariert. Eine wachsende Zahl der Betroffenen fühlt sich von den Gewerkschaften allein gelassen. Wir müssen die Missstände eher heute als morgen bekämpfen.«

Name der Redaktion bekannt

Richtig so
metallzeitung 9/2010,
Nicht in der Gewerkschaft?
Dann übernehmen wir Sie nicht!

»Mir tut der junge Mann zwar persönlich leid, weil er nicht übernommen wurde. Aber erst in die IG Metall eintreten, wenn es einem einen persönlichen Vorteil bringt, ist nicht der richtige Weg. Ich selber bin seit 25 Jahren dabei, eingetreten bin ich im zweiten Lehrjahr mit 17 Jahren. Auf die Frage von Kollegen und Freunden, warum ich in der IG Metall bin, antworte ich so: »Ich bin nicht mit allem, was die

Kurswechsel für ein gutes Leben!

**AUF
GEHT'S**

Mit der Wirtschaft geht es wieder aufwärts. Aber Schwarz-Gelb gefährdet die deutsche Erfolgsstory mit einer politischen Rolle rückwärts. Nicht mit uns!



Berthold Huber im Dialog bei einer Betriebsrätekonferenz in Hamburg.

Aufmerksame Zeitungsleser reiben sich schon seit Wochen verwundert die Augen. Was ist los in der US-amerikanischen Presse? Die überschlägt sich vor Begeisterung für deutsche Wirtschaftskraft und Krisenbewältigung. Man spricht vom »German Wunder«. Und der bekannte US-Anwalt Tom Geoghegan nennt gar den Titel seines Buches »Leben wir auf dem falschen Kontinent?«. Weil er in seiner Heimat vermisst, was uns gerade in den letzten Jahren ausgezeichnet hat: Soziale Sicherung, Mitbestimmung, starke Arbeitnehmerrechte sowie selbstbewusste Beschäftigte.

Verkehrte Welt. Weil der Prophet im eigenen Land nichts gilt, wird der Aufschwung hier ganz anders interpretiert. Da lässt sich ein Wirtschaftsminister Rainer Brüderle von journalistischen Helfershelfern als Held des Aufschwungs feiern, obwohl er in den schweren Krisentagen keine politische

Verantwortung trug. Ich füge hinzu: zum Glück! Denn was die schwarz-gelbe Bundesregierung an politischen Entscheidungen jetzt auf den Weg gebracht hat, ist schlicht fatal. Es folgt nicht der zeitgemäßen US-amerikanischen Einsicht, sondern den finsternen Ideologien, die man uns zu Zeiten von Reagan und Thatcher eingetrichtert hat: Hire and fire, prekäre Arbeitsverhältnisse und ein schwacher Sozialstaat.

Die IG Metall hat der Krise getrotzt. Mit eigenen Ideen, von der Umweltprämie für Altdiesels bis zur Kurzarbeit. Wir lassen nicht zu, dass dieser Erfolg durch eine Rolle rückwärts in der Politik gefährdet wird. Deshalb hat die IG Metall ihre Kampagne »Kurswechsel für ein gutes Leben« gestartet, alle Informationen stehen in dieser metallzeitung. Ich bitte unsere Mitglieder: Beteiligt Euch! Wir können etwas bewegen. Das haben wir in den letzten Jahren erfolgreich bewiesen. ■

Berthold Huber

Gewerkschaften machen, einverstanden, aber ich möchte mir nicht vorstellen wie es wäre wenn es keine Gewerkschaften gäbe.«

Andreas Kreuzer, Berlin

Hoffentlich ist die Jugend heute schlauer

metallzeitung 9/2010, Fass mich nicht an!

»Ein guter Beitrag! Wenn wir uns damals gewehrt hätten bei sexuellen Belästigungen, wären wir unsere Lehrlingsstelle los gewesen. Ich war damals im Frisörhandwerk, und es war gang und gäbe, dass gegrabscht wurde. Keiner traute sich was zu sagen, weil die Chefs meist auch noch gute Freunde waren. Ich hoffe, dass die Jugend heute nicht so dumm ist wie wir damals.«

Linda Christiansen, per E-Mail

Grüße aus dem Allgäu

metallzeitung 5/2010, Rätselgewinn

»Liebe metallzeitungs-Kollegen, vielen Dank für die wunderbare Urlaubswoche im Ferienzentrums Maierhöfen, die wir als ersten Preis des Rätsels gewonnen haben. Bei schönstem Wetter genossen wir die faszinierende Wander- und Wasserwelt, die kulinarischen Spezialitäten und die Gastfreundschaft des Allgäus.«

Maximilian Biber, per E-Mail

GEWONNEN HABEN

August-Rätsel

Lösungswort: Meer

Erster Preis: Diethard Kleiner, Lichtenstein

Zweiter Preis: Sieglinde Schiwiek, Recklinghausen

Dritter Preis: Gerhard Welp, Westoverledingen



SOZIALSTAAT

Mehr als **sechs Millionen** Beschäftigte arbeiten für **Niedriglöhne** (weniger als 9,50 Euro West, 6,87 Euro Ost).

Das sind fast **20 Prozent** aller Beschäftigten.

Bei den jungen Beschäftigten unter 25 Jahren sind sogar fast 50 Prozent betroffen.

Und mehr als **drei Millionen** arbeiten für einen Stundenlohn von **unter sieben Euro.**

**IST DAS
»GUTES LEBEN«?**

Die IG Metall will gute Arbeit und faire Entgelte für alle.

**KURSWECHSEL FÜR EIN
GUTES LEBEN**



mehr ab Seite 18

BILD DES MONATS

Sparpaket auf der Flucht

»Wer hat Angst vorm Sparpaket? Niemand! Wenn es aber doch kommt? Dann jagen wir es alle davon.« Die Botschaft der coolen Aktion Mitte September von IG Metall-Jugend und DGB-Jugend in der Fußgängerzone von Offenbach war ein echter Hingucker.

Martin Zengerle, der bei Manroland arbeitet, stülpte sich ein selbstgebasteltes Sparpaket aus Pappe über. Junge Metallerrinnen und Metallerr im Blaumann und mit Pullis von »Operation Übernahme« jagten Zengerle als laufendes Sparpaket durch die Gassen. Eine junge Gewerkschafterin fegte mit dem Besen hinterdrein, dass es nur so staubte. Klare Botschaft: Das Sparpaket muss weg!

Nicht von Pappe. Passanten stutzen erst beim Anblick der frechen Truppe, die da die Fußgängerzone in Offenbach hinauf und hinab zog. Amüsiert und interessiert gingen sie dann zum IG Metall-Stand, um sich dort über den ernsten Hintergrund der lustigen Aktion zu informieren.

Denn das Sparpaket der Bundesregierung ist nicht von Pappe. »Viele ahnen schon, dass durch das Sparpaket weitere Belastungen auf sie zukommen«, sagte der Erste Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle Offenbach, Walter Vogt. »Die Aktion war nicht nur gelungenes Straßentheater, das viele Menschen angesprochen hat. Es war auch der Auftakt zu unseren Herbstaktivitäten und eine Einladung zum Mitmachen.« ■
Martina.Helmerich@igmetall.de



Foto: Frank Rumpenhorst



LEIHARBEIT

Es geht wieder aufwärts. Doch die Unternehmen stellen vor allem Leiharbeiter ein. Und auch die Arbeitsagenturen bieten fast **nur noch Leiharbeit** an.

Die Anzahl der Leiharbeiter ist seit letztem Jahr um mehr als 300 000 auf **850 000** gestiegen.

Ende der 90er-Jahre waren es noch **250 000**. Unternehmen ersetzen systematisch reguläre Arbeit durch Leiharbeit.

**IST DAS
»GUTES LEBEN«?**

**Die IG Metall will
Leiharbeit begrenzen
und fair gestalten.**

**KURSWECHSEL FÜR EIN
GUTES LEBEN**



mehr ab **Seite 18**

Rolle rückwärts

ENERGIE- POLITIK

Mit dem Beschluss, Atomkraftwerke länger am Netz zu lassen, verabschiedet sich aus Sicht der IG Metall die Regierung endgültig von moderner Politik.

In einem Punkt bleibt sich die Regierung bei der Energiepolitik treu: Sie bedient die Interessen einer Klientel. Mit ihrem Beschluss, Atomkraftwerke 8 bis 14 Jahre länger laufen zu lassen, macht sie sich für Wolfgang Rhode zum Steigbügelhalter der vier großen Energiekonzerne.

Weg versperrt. »Diese Politik ist falsch, weil sie ein ungelöstes Müllproblem hinterlässt und weil sie erneuerbaren Energien den Weg versperrt«, sagte das Geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall auf einer Demo gegen die Verlängerung der Laufzeiten in Berlin. Dort hatten gut 100 000 Menschen gegen die Atompolitik der Bundesregierung demonstriert. Viele fürchten, dass die Bundes-

regierung mit dieser Entscheidung die Entwicklung der Energietechnik in Deutschland um Jahrzehnte zurückwirft. Mit jedem Jahr, das die Atomkraftwerke länger ihren Strom ins Netz speisen, sinke der Druck, erneuerbare Energien so schnell wie möglich auszubauen.

Das Ende der Atomenergie darf aus Sicht der IG Metall allerdings nicht das Ende für die Beschäftigten in den Kraftwerken bedeuten. »Sie brauchen Alternativen«, forderte Rhode. Neue, qualifizierte Arbeitsplätze könnten auch ihnen eine Zukunftschance geben. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Mehr zur Demo in Berlin:

► www.igmetall.de

→ IG Metall

PFLAUME DES MONATS

Ex-Atomstromjunkie deckt wilde Kernenergie-Orgie auf

Wie bekannt wurde, handelt es sich bei der Bundesregierung um eine Tarnorganisation. Hinter den Regierungsbänken verbirgt sich niemand anderes als die »Anonymen Atomstromjunkies«. Ihre Mitglieder bekannten sich in den 80er-Jahren noch offen zu ihrer Sucht: Mit Aufklebern, über dunkle Hintern ihrer Gegner oder so. Ein Mitglied der Selbsthilfegruppe ließ jetzt die Tarnung auffliegen. Norbert R. aus B. hatte entdeckt, dass seine anonymen Mitstreiter sich mit Atomstromdealern in dunklen Reaktorhöhlen trafen. Dort dröhnten sie sich mit Brennstäben zu und backten Kernenergie-Kekse.



R. zeigte sich auf Anfrage tief enttäuscht: »Ich kann es nicht fassen. Nach all den Jahren, in denen wir im Garten gemeinsam Windrädchen aufgestellt haben ...« ■ *Name der Redaktion bekannt

Illustration: roadrunner/Forcilia.com



Einer der drei Öfen im Flachstahlwerk Salzgitter war in der Krise aus. Jetzt wird wieder Stahl produziert wie vor der Krise.

Foto: Christian Charius/Reuters

Wieder mehr Geld

TARIFRUNDE STAHL

Für die IG Metall ist es die erste Tarifrunde der Nachkrisenzeit. Und da geht es vor allem um mehr Lohn. Denn die Auftragsbücher der Stahlwerke sind wieder voll, die Gewinne steigen. Sechs Prozent fordern die Stahl-Tarifkommissionen für die rund 92 000 Beschäftigten.

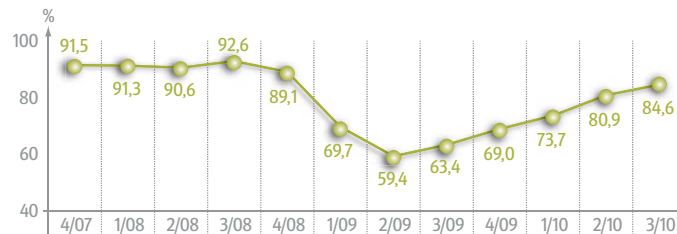
»Wir erleben derzeit einen Aufschwung XL«, jubelte Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle, als die Konjunktur wieder anzog. Die Regierung, zerstritten und im Umfragetief, lechzte nach einer Erfolgsmeldung und den Stoff dafür bietet zurzeit die Wirtschaft. Die rund 92 000 Stahl-Beschäftigten hören die frohe Botschaft gern. Seit dem 6. September verhandelt die IG Metall über höhere Löhne für sie. Doch nach zwei Verhandlungsrunden und bis Redaktionsschluss der metallzeitung lag noch kein Angebot der Stahlarbeitgeber vor.

Sechs Prozent mehr Geld forderten die Tarifkommissionen für Nordrhein-Westfalen, Bremen, Niedersachsen und Ostdeutschland. Im Saarland wird erst in einigen Monaten verhandelt. Die Jugend will für die Azubis 60 Euro im Monat mehr. »Bei einem XL-

WISSEN

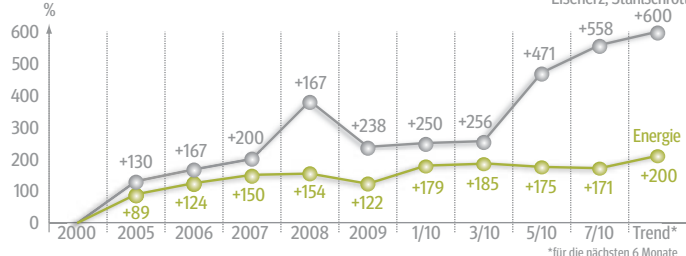
Fast wieder soviel Arbeit wie vor der Krise

So stark waren die Kapazitäten der deutschen Stahlwerke in den einzelnen Quartalen ausgelastet (in Prozent):



Rohstoffpreise im Steilflug

So stark sind die Preise auf dem Weltmarkt seit dem Jahr 2000 gestiegen (in Prozent):



Aufschwung geben wir uns nicht mit einer XS-Lohnerhöhung ab«, stellte Oliver Burkhard schon früh klar. Der IG Metall-Bezirksleiter in Nordrhein-Westfalen ist Verhandlungsführer im Westen. Für Leiharbeiternehmer in Stahlwerken will die IG Metall den Grundsatz »Gleiche Arbeit – Gleiches Geld« tariflich verankern. Für ältere Arbeitnehmer will sie bessere Arbeitsbedingungen durchsetzen.

»Der Stahl ist aus der Krise raus«, sagt Willi Segerath, der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von Thyssen-Krupp Steel (TKS). »Die sechs Prozent sind absolut begründbar.« In den ersten neun Monaten des aktuellen Geschäftsjahrs machte die TKS 450 Millionen Euro Gewinn vor Steuern. Ein Jahr vorher waren es im gleichen Zeitraum nur 142 Millionen. Die Werke sind zu über 80 Prozent aus-



JUNGE GENERATION

1,5 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 29 Jahre haben **keine** abgeschlossene **Berufsausbildung.**

Obwohl die Arbeitgeber über Fachkräftemangel klagen, bieten sie immer noch **zu wenig** Ausbildungsplätze an.

Und nur noch **38 Prozent** der Azubis werden nach der Ausbildungsprüfung in eine unbefristete Arbeit **übernommen.**

IST DAS
»GUTES LEBEN«?

Die IG Metall will gute Bildung und feste Arbeit für die Junge Generation.

KURSWECHSEL FÜR EIN GUTES LEBEN



mehr ab **Seite 18**

gelastet, teils schon zu 100 Prozent. Im Krisenjahr 2009 wurden fast 30 Prozent weniger Rohstahl hergestellt als im Jahr davor. Doch zwischen Januar und Juli 2010 stieg die Produktion, verglichen mit den ersten sieben Monaten 2009, wieder um 59 Prozent. Neben dem Ausland, vor allem China, beschert den Stahlwerken auch die Konjunktur der Hauptabnehmer Autoindustrie und Maschinenbau wieder Aufträge.

Fairer Anteil. Kein Wunder, dass die Beschäftigten sagen: »Wir wollen wieder mehr Geld in der Tasche haben«, wie Holger Wachsmann von Arcelor-Mittal in Eisenhüttenstadt berichtet. »In der Krise haben wir alle unseren Beitrag geleistet«, sagt Hasan Cakir, Betriebsratsvorsitzender von Salzgitter Flachstahl. Auf bis zu 300 Euro Lohn hatten die Stahlwerker dort verzichtet. Nach sieben Monaten Kurzarbeit arbeiten sie seit Juli wieder voll. »Jetzt, wo die Gewinne steigen, wollen sie angemessen beteiligt werden«, erklärt Cakir. »Eine Lehre aus der Krise ist, dass Lohnzurückhaltung nicht dazu beiträgt, uns davon zu verschonen.«

Preistreiber. Risiken drohen der Stahlbranche vor allem durch die globalen Rohstoffkartelle und -spekulanten. Die Bergbaukonzerne Vale, BHP Billiton und Rio Tinto, die 70 Prozent des Eisenerzmarktes beherrschen, haben dieses Jahr die Preise fast verdoppelt. Spekulation sorgt für zusätzliche Preistreiber. »Das sind kriminelle Akte«, schimpft Willi Segerath. »Dieser Markt muss reguliert werden.« Auf die Rohstoffe entfallen zwei Drittel des Stahlpreises. Dagegen machen die Löhne gerade mal neun Prozent des Umsatzes aus. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Aktuelle Informationen unter:

► www.igmetall.de

→ Tarife

WAHLEN

Mitgestalten bei der Jugend- und Auszubildendenvertretung

Wer kümmert sich darum, dass ich nach der Ausbildung übernommen werde? An wen wende ich mich, wenn ich Probleme mit dem Ausbilder habe? Wer passt auf, dass ich im Betrieb auch das lerne, was ich laut Ausbildungsrahmenplan für meinen Beruf und die Prüfung brauche? Meine Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) in meinem Betrieb.

Im Oktober und November sind wieder JAV-Wahlen. Die IG Metall will erreichen, dass möglichst viele junge Beschäftigte wählen gehen. Aber auch, dass viele bei der Wahl kandidieren.

»Gerade in Zeiten der Krise, wo Betriebe an der Ausbildung sparen und ihre Azubis nicht übernehmen wollen, ist es wichtig, dass Jugendliche und Azubis ihre Interessen selbst in die Hand nehmen«, betont IG Metall-Bundesjugendsekretär Eric Leiderer.

Jugend- und Auszubildendenvertreter (JAVis) werden von der IG Metall vor Ort unterstützt: Mit Beratung, Betreuung und Rechtsbeistand. Und

mit Bildung: Schulungen zu den Rechten von Jugendlichen, Azubis und JAVis im Betrieb. Zu Inhalten der Berufsausbildung. Und zu sozialen Kompetenzen, wie Arbeitsplanung, Kommunikation und Zusammenarbeit.

So geht's zur JAV. Der alle zwei Jahre wiederkehrende Wahltermin gilt für Betriebe, die bereits eine JAV haben. Alle anderen können jederzeit wählen. Die Voraussetzungen für die Wahl: ■ Mindestens fünf Wahlberechtigte: Jugendliche unter 18 Jahren sowie zur Ausbildung beschäftigte Arbeitnehmer unter 25 Jahren. Dazu gehören Azubis, dual Studierende, Praktikanten und Volontäre.

■ Ein bestehender Betriebsrat, der auch die Aufgabe hat, die JAV-Wahl einzuleiten.

■ Für die Wahl kandidieren können alle Beschäftigten unter 25 Jahren, auch die, die keine Ausbildung machen. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Alles zur JAV-Wahl im Internet:

► www.jav-wahlen.de

Teilhabe und Gesundheit wählen

Im Oktober und November sind Wahlen der Schwerbehindertenvertretungen. Wählen können Betriebe mit mindestens fünf Wahlberechtigten: Beschäftigte mit anerkannter Schwerbehinderung oder ihnen Gleichgestellte.

»Für die Betroffenen ist das die Chance, ihre speziellen Interessen im Betrieb durchzusetzen, gerade vor dem Hintergrund älter werdender Belegschaften«, betont Werner Feldes vom IG

Metall-Ressort Teilhabepolitik. »Es geht um demokratische Teilhabe und gesunde Gestaltung der Arbeit, statt Entscheidungen über die Menschen hinweg.«

Dieses Jahr wählen viele Betriebe erstmals, dank des Engagements von Betriebsräten. Aber: Es gibt immer noch viele Betriebe, die nicht wählen, obwohl sie wahlberechtigt sind. ■

Mehr Informationen unter:

► www.igmetall.de/sbv-wahl

»Ein Weiter so darf es nicht geben«

INTERVIEW | Berthold Huber und Detlef Wetzel erklären, warum die Zeit reif ist für einen Kurswechsel. Und warum die IG Metall vor allem für junge Menschen ein gutes Leben erreichen will.

Die Wirtschaft wächst wieder. Die Finanzkrise, die vor fast zwei Jahren begann, scheint überwunden. Jetzt geht wieder alles so weiter wie bisher. Nach der Krise ist wieder vor der Krise?

Berthold Huber: Genau das ist das Problem. Auf dem Höhepunkt der Finanzmarktkrise waren wir uns einig: Ein »Weiter so« darf es nicht geben. Genau das geschieht aber derzeit. Das Sparpaket der Bundesregierung trifft die Falschen. Von einer grundlegenden Regulierung der Finanzmärkte sind wir meilenweit entfernt. Und eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung wird zwar in Festreden beschworen, aber effektive Schritte erfolgen wenig.

Detlef Wetzel: Noch mehr Beispiele gefällig? Die Restlaufzeiten der Atomkraftwerke sollen verlängert werden, obwohl dies zu Lasten der erneuerbaren Energien geht. Die

öffentlichen Haushalte werden auf Kosten des Sozialstaats saniert. Umverteilung geschieht – wenn überhaupt – nur von unten nach oben. Eine Wende in der Wirtschaftspolitik zur Stärkung der Binnennachfrage ist nirgendwo zu erkennen.

Eine Bertelsmann-Studie sagt, dass über 80 Prozent der Bevölkerung unser Wirtschaftssystem kritisch sehen.

Wetzel: Solche Umfrageergebnisse zeigen deutlich: Die Menschen akzeptieren die aktuelle Politik nicht. Und das wissen wir auch aus den Betrieben. Aber es ist ja auch kein Wunder, dass die Bevölkerung unzufrieden ist. Auf der einen Seite stehen der Anstieg von prekären Beschäftigungsverhältnissen und der Abbau der sozialen Sicherungssysteme. Auf der anderen Seite befinden sich die

Subventionierung von Banken und Unternehmen, Kürzungen bei den ärmsten Familien, Steuersparmodelle für Gutverdiener sowie ein rasanter Anstieg der Managergehälter.

Huber: Die Politik muss eine gerechte Gesellschaft zum Ziel haben, Chancengleichheit und sozialen Ausgleich organisieren. Die aktuelle Politik – an diesen Maßstäben gemessen – erreicht genau das Gegenteil.

Wetzel: Und deshalb fordern unsere Mitglieder jetzt: Macht endlich Politik für die Mehrheit der Menschen. Die Beschäftigten wollen einen Kurswechsel für ein gutes Leben.

Welche Themen stehen denn bei »Kurswechsel für ein gutes Leben« im Vordergrund?

Huber: Wir fordern, dass die Finanzmärkte endlich reguliert werden. Wir sind gegen prekäre Arbeitsverhältnisse. Und wir geben der jungen Generation eine Stimme, die unter den aktuellen Missständen am meisten zu leiden hat. Die Jungen dürfen nicht die Verlierer der Krise werden.

Wetzel: Die Zahl der Leiharbeiter hat inzwischen die Dimensionen von vor der Krise überschritten: Mehr als 850 000 Menschen sind davon betroffen. Da ist ja wohl Handlungsbedarf gegeben. Und dabei lassen wir uns nicht mit einem Gesetzesentwurf der Bundesarbeitsministerin von der Leyen abspesen, der wieder nur die Unternehmer hofiert und die Leiharbeit sogar noch ausweiten will. Wir wollen »Gleichen Lohn für Gleiche Arbeit«.

Vor allem junge Menschen erhalten befristete Arbeitsverträge oder werden als Leiharbeiter beschäftigt.

Wetzel: Es ist Aufgabe der Politiker und der Unternehmer, die Zukunftschancen der Jungen zu verbessern. Und die IG Metall wird bessere Zukunftschancen nicht nur einfordern. In den Betrieben und in der Tarifpolitik nutzen wir unsere Gestaltungsmöglichkeiten für die jungen Beschäftigten. Die Auszubildenden werden übernommen. Leiharbeit und Befristung in feste Arbeitsverhältnisse umgewandelt.

Huber: Die deutsche Bildungsmisere und das einseitige Sparen trifft junge Menschen in mehrfacher Hinsicht: über die eigene Ausbildung aber auch durch die schlechteren Chancen, die ihre Kinder deshalb künftig haben werden. Ein weiterer Punkt: die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir brauchen mehr Krippen- und Kindergartenplätze sowie Ganztagschulen. Dadurch wird die berufliche Entfaltungsmöglichkeit vor allem der jungen Frauen deutlich eingeschränkt.

Ein Thema, das sehr viele Menschen bewegt, ist die geplante Rente ab 67.

Huber: Rente ab 67 ist eine Sackgasse, aus der wir schnell raus müssen. Alle Zahlen belegen: Das ist ein Rentenkürzungsprogramm. Etwa 80 Prozent der Beschäftigten schaffen es ja nicht einmal bis zum aktuellen Renteneintrittsalter von 65 Jahren zu arbeiten, weil die Bedingungen für altersgerechtes Arbeiten fehlen.



Unkontrollierte Finanzen haben Anhänger. Auf welcher Seite stehst du?
Über 2,5 Millionen Mitglieder in der IG Metall sind für eine Regulierung der Finanzmärkte im Verdachtskreis. Du auch?

Die Rente mit 67 hat Anhänger. Auf welcher Seite stehst du?
Über 2,5 Millionen Mitglieder in der IG Metall engagieren sich für die Abschaffung der Rente mit 67 und altersgerechtes Arbeiten. Du auch?

Zukunft mit Perspektiven für junge Menschen hat Anhänger. Auf welcher Seite stehst du?
Über 2,5 Millionen Mitglieder in der IG Metall engagieren sich für eine Zukunft mit besseren Perspektiven für die junge Generation. Du auch?

Ab Mitte Oktober wird die IG Metall mit diesen Anzeigen um Unterstützung für ihre Herbstaktionen und um Mitglieder werben.



Der Erste und der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber (rechts) und Detlef Wetzel sind der Überzeugung: »Schwarz-Gelb nimmt den falschen Kurs.« Die IG Metall steuert dagegen, mit vielen Aktionen vor Ort. »Der Einsatz von uns allen ist gefordert. Vor allem in den Betrieben. Diskutiert die Themen, beteiligt Euch an den Aktionen. Setzt Zeichen, macht mit«, fordern Huber und Wetzel alle Metallerrinnen und Metaller auf. »Und gewinnt Unterstützer und Mitglieder. Damit der Kurswechsel für ein gutes Leben gelingt.«



LEIHARBEIT

64 Prozent

aller Jobs bei Leihfirmen dauern weniger als **drei Monate**. Dann ist für die meisten Leiharbeiter schon wieder Schluss.

Und nur **jeder zehnte** Leiharbeiter wird fest im Einsatzbetrieb übernommen.

Unternehmen ersetzen systematisch reguläre Arbeit durch Leiharbeit.

IST DAS »GUTES LEBEN«?

Die IG Metall will feste Arbeitsplätze mit Zukunft statt Leiharbeit.

KURSWECHSEL FÜR EIN GUTES LEBEN



mehr ab Seite 18



Fotos: Frank Rumpenhorst

Die Menschen interessieren sich immer weniger für Politik, wird es da nicht schwierig die Mitglieder der IG Metall zu mobilisieren?

Huber: Wir glauben, dass es uns gelingt, Beschäftigte in unserem Organisationsbereich für einen Kurswechsel auf die Straße zu bringen. Es geht uns darum, Zusammenhänge deutlich zu machen und Veränderungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Leiharbeit beispielsweise geht nicht nur die

Betroffenen etwas an. Leiharbeit unterspült Stück für Stück die tariflich geregelten Arbeitsbeziehungen. Wenn die jungen Menschen immer mehr über Zeitverträge, Leiharbeit oder Praktika in die Betriebe kommen, wird das auch Konsequenzen für die Stammbeschaften haben. Wenn sich die festangestellten Beschäftigten an unseren Aktionen beteiligen, sichern sie ihr eigenes Arbeitsverhältnis und üben zugleich praktische Solidarität.

Wetzel: Kurswechsel für ein gutes Leben wird vor allem Thema in den Betrieben: Wir werden mit den Kollegen reden, sie informieren und diskutieren. Wir werden dazu auffordern, sich an den Aktionen zu beteiligen. Dazu wird es in jeder Verwaltungsstelle Angebote geben. Denn: Die IG Metall war und ist immer dann besonders erfolgreich, wenn sie sich auf ihre starke betriebliche Verankerung und Anerkennung stützt. Das ist auch immer unser bestes Argument in der politischen Auseinandersetzung. Je mehr Kollegen und Kolleginnen sich jetzt beteiligen, desto stärker sind unsere Argumente für einen Kurswechsel.

Was sollen die Aktionen im Herbst erreichen?

Wetzel: Politik zu verändern und Mitglieder zu gewinnen. Bezirksleitungen und die Verwaltungsstellen haben tolle Vorschläge gemacht, wie wir die Beschäftigten in unsere Kampagne für ein gutes Leben einbeziehen. Jetzt liegt es an jedem Einzelnen, dafür zu sorgen, dass wir diese Ziele erreichen. Das heißt handeln, Zeichen setzen und Mitglieder werben.

Huber: Ich bin zuversichtlich. In der Krise haben wir unsere politischen Ziele durchgesetzt. Dafür werden wir heute gelobt. Das motiviert uns, weiter für den Kurswechsel und ein gutes Leben zu kämpfen. ■

Susanne.Rohmund@igmetall.de

Mehr Statements von Huber und Wetzel zum Kurswechsel unter: www.igmetall.de

Arbeiten bis zum Umfallen

RENTE MIT 67

Hurra, die Alten arbeiten noch, hieß es im Spätsommer. Die Bundesregierung will an der Rente mit 67 offenbar nicht rütteln. Für die IG Metall reine Zahlenkosmetik. Sie bleibt dabei: Die Rente mit 67 führt in eine Sackgasse. Für die Jungen von heute könnte die Arbeitswelt von morgen aussehen wie in unseren Bildern.

Von Fabienne Melzer

Noch mal 20 sein mit dem Wissen von heute? Walter Jegus schüttelt energisch den Kopf. »Nein, das wünsche ich mir bestimmt nicht.« Auch wenn die Schultern schmerzen und der Rücken manchmal nicht mehr will, Walter Jegus beneidet die Jungen nicht. Er kennt Leute, die verdienen 2000 Euro Brutto. Wie sollen sie damit eine Familie gründen, für die Kinder sorgen und was fürs Alter zurücklegen?

Mit seinen 58 Jahren gehört der Bohrerwerkdreher in seinem Laden zu den alten Hasen. Mit 14 kam er zu Miebach in Dortmund. Seit mehr als 44 Jahren ist er im Betrieb. Die Zahl beeindruckt ihn selbst. »Schon ungewöhnlich. Heute gibt es die Firmen doch meist gar nicht so lange.« Noch drei Jahre, dann hört er auf – dank Altersteilzeit. Er wird von seiner Rente leben können. Nur für große Sprünge reicht es nicht. »Früher haben uns die Älteren erzählt, dass sie mit ihrer Lebensversicherung eine Weltreise machen. Ich brauche meine zum Leben.« Dennoch: Für Walter Jegus ist es gut, so wie es ist. Wäre

er 20, würde er sich Sorgen machen. Bis 67 arbeiten? In seinem Beruf? »Ich kenne keinen, der das länger als bis 63 ausgehalten hat.«

No Rentenfuture. Die Jungen, die Leidtragenden der Rente mit 67? Die Aussicht, länger arbeiten zu müssen, belastet Andreas Reinshagen. Der 22-jährige Mechatroniker hat Angst, dass er in seinem Beruf nicht so lange durchhalten wird. Wenn er früher aufhören muss, heißt Rente mit 67 für ihn: Zwei Jahre länger arbeitslos oder weniger Geld im Alter. Wie die Rente mit 67 seine Rente sicherer macht, soll ihm erst noch jemand erklären.

Viele Junge fühlen sich von der Politik allein gelassen. Über ihre Rente wollen sie lieber nicht nachdenken. Arbeiten bis zum Umfallen, so sehen sie ihre Zukunft. Wer kann, sorgt privat vor. Wer nicht kann, hat andere Sorgen. Einen befristeten Job oder Leiharbeit. Für Martina Bartsch, Wirtschaftsingenieurin bei Schüco in Westfalen, beißt sich die Katze genau da in den Schwanz. »Wenn die Jungen keine vernünftig bezahlte Arbeit bekommen, muss man sich nicht wundern, wenn das Geld für die Rentner nicht reicht.« Wer die Rente sicher machen will, muss jungen Menschen eine berufliche Chance geben, fordert die 28-Jährige.

Doch die Politik gibt ihnen nur das Versprechen: »Ihr müsst länger arbeiten.« Die Frage, ob sie es denn auch können, soll im

Herbst beantwortet werden. Denn die Rente mit 67 steht unter Vorbehalt. Nur wenn mehr Ältere länger arbeiten, soll das Rentenalter steigen. »Sie können länger«, sagt die Bundesregierung und verteidigt ihre Entscheidung mit Zahlen und Kurven. Im Spätsommer zauberte die Arbeitsministerin eine Statistik auf den Tisch, die belegen sollte: Mit 60 ist noch lange nicht Schluss. Zwischen 60 und 64 Jah-

ren zählte sie fast 40 Prozent, die noch arbeiten. Doch mit Statistiken ist das so eine Sache. Sie sagen zwar meist die Wahrheit. Die Frage ist nur: Welche? So hatte die Ministerin alle Erwerbstätigen von 60 bis 64 gezählt. Dazu gehören aber auch jene, die einen Minijob haben, selbstständig sind oder nur ein paar Stunden die Woche arbeiten und ihre schmale Rente



WISSEN

Statt Arbeiten bis zum Umfallen fordert die IG Metall einen Generationenvertrag. Ein flexibler Ausstieg muss vor dem 65. Lebensjahr möglich sein. Dazu gehören:

- Nach 40 Versicherungsjahren und Vollendung des 60. Lebensjahrs abschlagsfrei in Rente gehen können.
- Altersteilzeit weiter fördern.
- Zugang zur Erwerbsminderungsrente erleichtern, Beweislast umkehren. Es reicht, wenn Arbeitsagenturen Erwerbsgeminderte nicht vermitteln.

aufbessern. In echten sozialversicherungspflichtigen Jobs arbeiten laut DGB nur ein Viertel der 60- bis 64-Jährigen. Nicht alle Vollzeit.

Die Lücke nur vergrößert. Von der Rente mit 67 ist der Arbeitsmarkt auch aus Sicht des Sozialforschers Falko Trischler noch weit entfernt. Das einzige, was der Gesetzgeber damit vergrößert, sei die unbezahlte Lücke zwischen Ende des Arbeitslebens und Beginn der Rente. »Die Politik will die Leute durch Zwang im Arbeitsmarkt halten«, sagt Trischler. »Aber das funktioniert nicht.« Ein Grund dafür: Die Arbeitgeber spielen nicht mit. Wenn es darum geht, eine Stelle zu besetzen, bevorzugen viele die Jungen. Menschen in den 50ern fassen auf dem Arbeitsmarkt nur schwer wieder Fuß, und wer jenseits der 60 seinen Job verliert, hat ein echtes Problem. Nur jeder zehnte Neueingestellte ist zwischen 50 und 64 Jahre alt.

Anfang 50 und arbeitslos? Reinhard Brinkmann aus Mittenwalde packt schon mal die Existenzangst. Seit der 53-Jährige seinen



Foto: Ute Grabowsky / photothek.net

Zukunft der Arbeit?
Telearbeit im Jahr 2060. Der Spagat zwischen Job, Ehemann und Enkelkindern wird größer.



RENTE MIT 67

Nur rund **sechs Prozent** der Arbeitnehmer sind mit **64 Jahren** noch in Arbeit. Sechs von zehn Unternehmen beschäftigen keine Menschen über **50 Jahre** mehr.

Derzeit steigt die **Arbeitslosigkeit** der Älteren **ab 55 Jahren** sogar wieder.

Und dennoch will die Regierung die **Rente mit 67** durchziehen.

**IST DAS
»GUTES LEBEN«?**

Die IG Metall will, dass **Ältere die Rente erleben können und Jüngere eine Chance bekommen.**

**KURSWECHSEL FÜR EIN
GUTES LEBEN**



mehr ab **Seite 18**



Zukunft der Arbeit?

Handwerk im Jahr 2040: Nur noch 15 Jahre bis zur Rente. Die Parole heißt: Durchhalten bis der Schrauber fällt.

Job verlor, hatte er viele schlaflose Nächte. Nach einem Jahr und 50 erfolglosen Bewerbungen sinkt die Hoffnung, noch etwas zu finden. Nur ein einziges Mal lud ihn eine Firma zum Vorstellungsgespräch ein. Zwei- oder dreimal wurde er von Firmen angesprochen, sich auf eine Stelle zu bewerben. »Das ist doch genau Ihr Profil«, hieß es. Und dann hörte er nie wieder etwas. »Es liegt am Alter. Anders kann ich mir das nicht erklären.« Aus Angst davor, in Hartz IV abzurutschen, hat er sich selbstständig gemacht. Er bewirbt sich weiter. Aufgeben gibt's nicht.

Klimawandel. Arbeitgeber halten zwar viel von der Rente mit 67, aber nur wenig von Arbeitsbedingungen, bei denen Menschen auch bis 67 gesund bleiben können. Die Wissenschaft erzählt ihnen seit Jahren, wie sie ihre Belegschaft fit halten können, damit sie auch

mit Älteren im Wettbewerb bestehen. Doch nur wenige kümmern sich darum. In den meisten Betrieben passiert das Gegenteil.

Das Klima hat sich gewandelt. Viele vermissen das Denken, dass Altverdienende im Betrieb auch alt werden dürfen. Meist fehlen die Arbeitsplätze, an denen Ältere mal einen Gang zurückschalten können. Einfache Arbeiten verschwanden aus vielen Betrieben oder wurden an billigere Anbieter vergeben. Das beobachtet auch Frank Kruse, Betriebsrat bei Miebach in Dortmund. Drei-Schicht-System, Akkordarbeit – auf Dauer hält das keiner aus. »Spätestens mit 55 wird es schwierig, dann kommen die Probleme mit den Schultern und die kaputten Knie«, sagt Kruse. Aber was sollen die Leute machen? Schließlich kann Kruse sie nicht alle in der Werkzeugausgabe unterbringen. Nee, sagt der Betriebsrat, nicht ohne Ironie. »Alt darfst du im Betrieb nicht werden, selbst wenn du schon 40 Jahre gearbeitet hast.« ■



Zukunft der Arbeit?

Plausch in der Kantine im Jahr 2050. Zehn Minuten Mittagspause müssen reichen. Freizeit kostet nur Geld, das eh keiner hat.

Leiharbeit – Rechte nutzen

RECHT SO | Viele Betriebe setzen Leiharbeiter ein und wollen so möglichst flexibel auf Auftragschwankungen reagieren. Das geht zu Lasten der Beschäftigten in Leiharbeit, die oft schlechter bezahlt und sozial weniger abgesichert sind. Müssen sie dies hinnehmen?

Grundsätzlich müssen Leiharbeiter eigentlich zu denselben Bedingungen beschäftigt werden wie die Stammbesetzung beim »Entleiher«. Dies würde gleichen Urlaub, gleiche Arbeitszeit und gleichen Lohn (»Equal-Pay«) bedeuten. Nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) können Leiharbeiter aber zu anderen Bedingungen angestellt werden, wenn dies in einem Tarifvertrag vorgesehen ist. Viele Zeitarbeitsfirmen und Personalserviceagenturen haben Vereinbarungen mit kleinen und mitgliederschwachen Arbeitnehmervereinigungen außerhalb des DGB abgeschlossen, die deutlich schlechtere Arbeitsbedingungen vorsehen. Die IG Metall und die anderen DGB-Gewerkschaften kritisieren diese Vereinbarungen und haben teilweise bereits mit Erfolg die mangelnde Tariffähigkeit solcher Arbeitnehmervereinigungen vor Gericht geltend gemacht.

Unwirksame Klausel. Wenn ein Tarifvertrag in der Leiharbeitsbranche unwirksam ist, haben Leiharbeiter Anspruch darauf, wie ihre fest angestellten Kolle-



Foto: Olaf Hermann
Carsten Schuld ist Jurist beim DGB-Rechtsschutz.

gen im Entleihbetrieb »behandelt« und bezahlt werden. Das gilt auch, wenn im Vertrag zwischen Arbeitnehmer und Zeitarbeitsfirmen auf einen Tarifvertrag Bezug genommen wird und diese Klausel unwirksam ist. Hier sollten sich Leiharbeiter Rat bei ihrer IG Metall-Verwaltungsstelle oder dem Betriebsrat holen.

Der Betriebsrat. Leiharbeiter dürfen sich jederzeit an den Betriebsrat wenden, die Sprechstunden aufsuchen und zu Betriebsversammlungen gehen. Wer länger als drei Monate im Betrieb im Einsatz ist, ist auch berechtigt den Betriebsrat mitzuwählen. Sich dort wählen lassen kann man aber nicht.

Die Betriebsräte ermöglichen Leiharbeitern den Zugang zu den sozialen Einrichtungen und Fortbildungsmöglichkeiten im Unternehmen. Zudem unterrichten sie über offene Stellen im Betrieb und sorgen dafür, dass Vertragsklauseln oder Gebühren die Anstellung im Entleiherbetrieb nicht erschweren oder gar verhindern.

Die Bundesregierung hat jetzt einen Entwurf zum »Gesetz zur Verhinderung von Missbrauch bei der Arbeitnehmerüberlassung« vorgelegt. Es zeichnet sich bereits ab, dass durch das Gesetz die Bedingungen nicht verbessert werden. So bleibt die Ausgliederung von Stammbesetzungen in Leiharbeitsverhältnisse weiterhin möglich. Ein allgemeiner Schutz gegen Lohndumping fehlt ebenso wie eine Regelung zum Mindestlohn. ■



TIPP

Hotline für Leiharbeiter

Am IG Metall-Beratungstelefon für Leiharbeiter erhalten Mitglieder Auskunft zu allen Fragen rund um die Leiharbeit. Die Experten sind montags, dienstags und donnerstags von 10 bis 16 Uhr, mittwochs bis 18 Uhr, freitags von 9 bis 12 Uhr unter **018 02 - 22 22 06** für Euch da. Aus dem Festnetz zahlt man 6 Cent pro Anruf, aus Mobilfunknetzen bis zu 0,42 Euro pro Minute.

Trickserei in der Leiharbeit!

Seit 1. Juli gelten im Tarifvertrag zwischen DGB (also auch IG Metall) und BZA sowie IGZ (Bundesverband Zeitarbeit und Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen) höhere Tarife. Aber Achtung: Nicht alle Firmen zahlen das auch. Eine Stichprobe lässt vermuten, dass Leiharbeiter um etwa 6 Prozent ge-

prellt wurden. Durch drei Schummelmethode(n): 1.) Es wurde nicht auf das neue Gehalt umgestellt. 2.) Zuschläge wurden verrechnet oder reduziert, wobei sie sich eigentlich erhöht haben. 3.) Es wird nach zu niedriger Entgeltgruppe bezahlt. Man sollte unbedingt die Gehaltszettel überprüfen und die IG Metall um Rat fragen! ■

Immer mehr Promis machen mit

»Gleiche Arbeit – Gleiches Geld«? Das macht Sinn. Die jüngste Unterstützerin der Leiharbeits-Initiative



Foto: imz

der IG Metall ist NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft. Mitmachen können aber nicht nur Promis. Auf www.gleichearbeit-gleichesgeld.de/initiative zählt jeder Name. ■

NRW-Ministerpräsidentin Kraft besucht auf dem NRW-Tag in Siegen den Stand der IG Metall.



Foto: Christian von Polentz

Jetzt geht's ans Eingemachte: Die Kürzungen beim Elterngeld treffen vor allem kleine und mittlere Einkommen.

Weniger für Eltern

FAMILIE UND BERUF

Viele Familien bekommen durch das Sparpaket künftig weniger Elterngeld. Die Bundesregierung zückt den Rotstift an der falschen Stelle, meint die IG Metall und kritisiert die Einschnitte.

Am einstigen Prestigeprojekt Elterngeld der früheren Familienministerin Ursula von der Leyen ist der Lack ab. Das Elterngeld, das es seit 2007 gibt, wird durch das Sparpaket der Bundesregierung teilweise drastisch beschnitten. Betroffen sind vor allem Eltern mit kleinem und durchschnittlichem Einkommen.

Bisher erhielten Eltern, die nach der Geburt eines Kindes pausieren, bis zu 14 Monate lang 67 Prozent ihres letzten Nettoeinkommens. Gezahlt wurden mindestens 300 Euro, höchstens jedoch 1800 Euro. Bei Nettoeinkommen über 1240 Euro sollen künftig

nur noch 65 statt 67 Prozent gezahlt werden. Schätzungsweise 200 000 Eltern in Deutschland werden dadurch weniger Geld bekommen. Die Einbußen können je nach Höhe des Einkommens bis zu 50 Euro im Monat ausmachen.

Jeden Cent umdrehen. Ganz dicke kommt es für Empfänger von Hartz IV, die bisher 300 Euro Elterngeld bekamen und die nun ganz leer ausgehen. 130 000 Familien sind von dieser besonders schmerzhaften Sparmaßnahme betroffen. Ausgerechnet die Eltern, die jeden Cent umdrehen

müssen, werden zur Kasse gebeten. Die IG Metall kritisiert das als höchst ungerecht und will dagegen mobilisieren.

Ein schwacher Trost sind die Bildungsangebote, die von der Leyen zur Unterstützung von einkommensschwachen Familien einführen will. Kinder von Hartz-IV-Familien sollen Nachhilfe, Schulmaterial und Vereinsgebühren eventuell über eine Chipkarte erhalten. Die IG Metall befürchtet aber, dass die Kinder aus einkommensschwachen Familien dadurch stigmatisiert werden könnten. ■

Martina.Helmerich@igmetall.de

WISSEN

Elterngeld planen

Maximal 14 Monate gibt es die Lohnersatzleistung für eine Auszeit vom Job.

1. Die Einkünfte in den zwölf Monaten vor dem Mutterschutz sind die Berechnungsgrundlage.
 2. Wer Nachwuchs plant und verheiratet ist, sollte rechtzeitig in die für das Elterngeld günstige Steuerklassenkombination IV/IV wechseln.
 3. Steuersparende Freibeträge auf der Lohnsteuerkarte erhöhen das Nettoeinkommen und damit das spätere Elterngeld.
- www.igmetall.de/elternzeit



SOZIALSTAAT

50 Milliarden Euro hat der Staat seit 2005 für Lohnzuschüsse

in Form von ergänzendem Hartz IV ausgegeben.

Immer mehr Beschäftigte erhalten so niedrige Löhne, dass sie zusätzlich auf Hartz IV angewiesen sind. **355 000** von ihnen haben sogar eine Vollzeitstelle.

So **subventionieren** Steuerzahler Firmen, die **Armutslöhne** zahlen.

IST DAS »GUTES LEBEN«?

Die IG Metall will Einkommen, die zum Leben reichen.

KURSWECHSEL FÜR EIN GUTES LEBEN



mehr ab Seite 18

Der Traum vom Job

DER ANDERE BLICK

Der Einstieg in das Berufsleben ist in den letzten Jahren immer steiniger und unberechenbarer geworden. Der ehemals typische Weg »Schule – Ausbildung / Studium – unbefristete Beschäftigung« wird immer mehr zur Ausnahme. Das hat langfristige Folgen – für die Psyche und Gesundheit der jungen Erwachsenen und für die Gesellschaft.



Foto: Christian von Polentz

Die Bewerbungsmappen stapeln sich: Die Job- und Zukunftsperspektiven für junge Menschen sind düster.

Eine Ausbildung mit unbefristeter Übernahme – für viele junge Erwachsene ist das heute immer öfter die Ausnahme. Immer mehr müssen ihr Glück in sogenannten »atypischen« Beschäftigungsformen wie befristeten Arbeitsverhältnissen oder Leiharbeit suchen. Im Jahr 2009 waren bereits mehr als ein Drittel der 15- bis 25-Jährigen atypisch beschäftigt. Das heißt auch oft zugleich: prekäre Arbeitsbedingungen, Niedriglöhne, geringer Kündigungsschutz und niedrige soziale Absicherung.

Neben der finanziellen Unsicherheit belegen aktuelle Untersuchungen, dass sowohl körperliche als auch psychische Belastungen in atypischen Beschäftigungsformen deutlich höher sind als in Normalarbeitsverhältnissen. Das hat weitreichende Auswirkungen auf die Gesundheit der Betroffenen. Gerade das Thema psychische Belastungen wird immer noch oft unterschätzt und ist im betrieblichen Alltag häufig ver-

pönt: Wer räumt in einem auf Leistungsfähigkeit ausgerichteten Umfeld schon gerne persönliche Schwächen ein?

Die Folgen von psychischen Belastungen sind sowohl für die einzelnen betroffenen jungen Erwachsenen als auch für die Gesellschaft besorgniserregend.

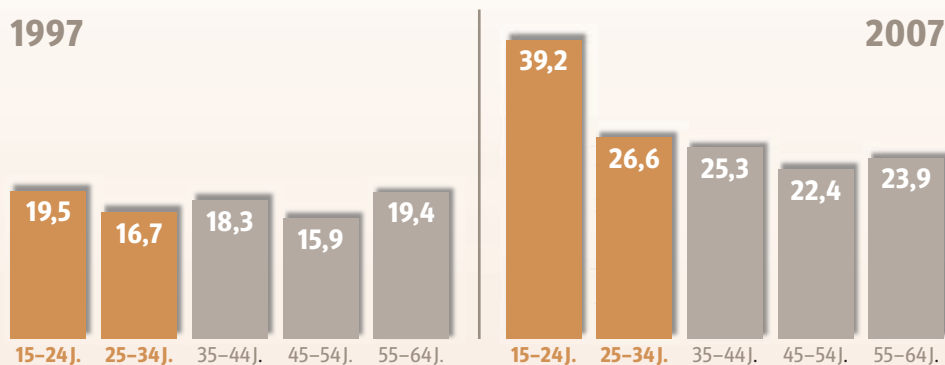
Psychische Schäden. Neueste Erkenntnisse zeigen: Frühe psychische Störungen ziehen häufig negative Lebensentwicklungen in der beruflichen Karriere und in der Partnerschaft nach sich, führen zu einem geringen Selbstwertgefühl und zu einer negativ geprägten Sicht auf Umwelt und Zukunfts-

perspektiven. Dies fördert das Auftreten von Lernhemmungen und Versagensgefühlen. Werden diese psychischen Fehlentwicklung nicht frühzeitig erkannt und adäquat behandelt, erhöht sich das Risiko einer lebenslangen, chronischen Beeinträchtigung enorm. Gleichzeitig steigt das Auftreten

WISSEN

Immer mehr junge Beschäftigte in unsicheren Jobs

Anteile atypisch Beschäftigter – befristet, Leiharbeit oder Niedriglohn – nach Alter in Prozent.



Quellen: Statistisches Bundesamt; Langhoff, Knietsch, Starke, 2010

von stressassoziierten Erkrankungen, vor allem im Herz-Kreislauf-System.

Soziale Schäden. Nach Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin waren psychische Störungen im Jahr 2008 für insgesamt 41 Millionen Arbeitsunfähigkeitstage verantwortlich. Dies verursachte Produktionsausfallkosten von 3,9 Milliarden Euro. Dazu kommen die im Gesundheitswesen anfallenden Behandlungskosten: nach Schätzung des statistischen Bundesamts 27 Milliarden Euro im Jahr.

Zum Autor



Thomas Langhoff, Professor für Arbeits- und Organisationspsychologie

sowie Qualifizierung an der Hochschule Niederrhein in Krefeld. Als Geschäftsführer der Prospektiv Gesellschaft für betriebliche Zukunftsgestaltungen in Dortmund berät der Arbeitswissenschaftler Unternehmen und Betriebsräte. Ein Schwerpunkt Langhoffs als Autor ist die Gestaltung des demografischen Wandels in den Betrieben.

► www.prospektiv.de

Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des sich abzeichnenden Fachkräftemangels erscheint es zwingend erforderlich, die Gesundheit der jungen Generation zu fördern statt sie dauerhaft zu belasten. Denn schließlich sollen die jungen Erwachsenen ja noch einige Jahrzehnte arbeitsfähig bleiben und als zukünftige Beitragszahler eine entscheidende Rolle bei der Finanzierung und dem Erhalt der Sozialsysteme spielen. ■

DAS STICHWORT

Transaktionssteuer

Nach der Krise darf nicht vor der Krise sein. Der Finanzmarkt muss deshalb reguliert werden, und die Politik muss handeln. Die Meinung der IG Metall: Spekulanten gehören mit einer Transaktionssteuer an die Kette gelegt.

Transaktionen auf den Finanzmärkten sind komplex und sehr unterschiedlich. Auf der einen Seite schieben Händler große Aktienberge und Devisen hin und her. Und auf der anderen Seite werden Finanzmarktprodukte wie beispielsweise Fonds, Zertifikate, Derivate oder Optionen verkauft und gekauft.

Die Idee der Steuer: Auf die Finanzmarktgeschäfte könnte man – so wie bei Lebensmitteln oder Autos – eine Umsatzsteuer erheben, die sogenannte Transaktionssteuer. Ihr Ziel: die Regulierung der Finanzmärkte. Der Nebeneffekt: Der Staatshaushalt würde zusätzliche Einnahmen erhalten. Schätzungen rechnen bei einem Steuersatz von nur 0,05 Prozent mit Einnahmen von mehreren Milliarden Euro.

Märkte regulieren. Wie aber könnte diese Steuer gefährliche Spekulationen verhindern? Die

Kosten je Transaktion würden steigen. Und je höher die Kosten, desto geringer der Gewinn aus der jeweiligen Spekulation. Und desto weniger lohnt es sich, zu spekulieren.

Stand der Dinge. Die Bundesregierung steht der Transaktionssteuer widersprüchlich und konzeptionslos gegenüber: Im Frühjahr war die Bundeskanzlerin für eine Finanztransaktionssteuer. Dann hielt sie diese international nicht mehr für durchsetzbar und betont dies auf dem Kongress des Deutschen Gewerkschaftsbunds Mitte Mai. Einen Tag später kündigt sie einen nationalen Vorstoß für die Transaktionssteuer an. Dann erklärt kurze Zeit später der Koalitionspartner FDP, er sei dagegen. Bis heute gibt es keinen Beschluss der Regierung. Und damit wurden auch die Ursachen der Finanzkrise nicht behoben.

Den Beschäftigten wurde die Milliarden-Rechnung der Finanzkrise präsentiert. Die Verursacher haben jedoch bisher nichts beigetragen. ■

Susanne.Rohmund@igmetall.de



Bulle und Bär wurden nie gefragt, ob sie für steigende und sinkende Kurse stehen wollen. Bestimmt sind beide keine Krisen-Fans.



FINANZMARKT

27 000 000 000

(27 Milliarden) Euro hätte der deutsche Staat allein 2009 zusätzlich einge-

nommen, wenn er auf Finanzgeschäfte mit Aktien, Devisen und Derivaten eine **Finanztransaktionssteuer** von nur **0,1 Prozent** erhoben hätte.

Aber: Die Verursacher der Krise zahlen nicht. Dafür kürzt das schwarzgelbe »Sparpaket« die Sozialleistungen um **30 000 000 000** (30 Milliarden) Euro.

IST DAS »GERECHT«?

Die IG Metall will regulierte Finanzmärkte, die für die Krise zahlen.

KURSWECHSEL FÜR EIN GUTES LEBEN



mehr ab Seite 18



Fotos: f.m.z

Schrauben, jäten, buddeln – Metallerrinnen und Metaller helfen der Zwickauer Tafel.

Fleißige Helfer

DA GEHT WAS

Einfach ein bisschen Geld spenden – so leicht wollte es sich die Zwickauer IG Metall-Jugend nicht machen. Zu einer guten Tat gehört auch Muskelkraft. Zwei Tage lang räumten sie den Hof der Zwickauer »Tafel« auf. Wie es war, erzählt Lisa.

Wir Jungs und Mädels von der IG Metall wollten etwas gegen Kinderarmut tun und landeten bei der Zwickauer Tafel. Die Tafel sammelt nicht nur Lebensmittel für bedürftige Menschen, sie kümmert sich auch um arme Kinder. Die ehrenamtlichen Mitglieder bereiten Frühstück an Schulen vor, kochen dort auch mal gemeinsam mit den Schülern, und zum Schulbeginn verteilen sie Zuckertüten an Kinder, deren Familien es nicht so gut geht.

Etwas schaffen. Da die Tafel nur von Spenden lebt, hätten wir uns die Sache einfach machen können: Jeder spendet fünf Euro und das gute Werk ist vollbracht. Aber wir wollten etwas Bleibendes

schaffen. Als wir den verwilderten Hof der Tafel sahen, war uns klar: Das ist unser Projekt.

Als erstes brauchten wir jede Menge Unterstützer. Bei VW und Bosch meldeten sich sofort 30 Jugendliche, die bei dem Projekt mitmachen wollten. Ein Unternehmen spendete den Sand für den Sandkasten im Hof, ein ande-

res stellte kostenlos Container für den Müll in den Hof und ein Baumarkt gab uns Rabatt auf alles, was wir brauchten. Dennoch kostete die Aktion eine Menge Geld und das steuerte die IG Metall-Verwaltungsstelle aus der Fragebogenaktion 2009 »Gutes Leben« bei. Davon kauften wir nicht nur Holz und Farbe für einen neuen

WISSEN

Viele, viele gute Werke

Die Tafel in Zwickau ist nur ein Beispiel von vielen. Im Rahmen einer Befragungsaktion bei der Kampagne 2009 spendete die IG Metall für jeden ausgefüllten Fragebogen einen Euro. Insgesamt kamen 500 000 Euro zusammen, die entsprechend der abgegebenen Fragebögen an die Verwaltungsstellen verteilt und für gemeinnützige Zwecke verwendet wurden.

Zaun und unser Material, sondern auch einen neuen Rasenmäher, den wir mit dem Logo der Tafel und der IG Metall verschönerten.

Am ersten Juniwochenende ging es los. Wir reparierten den Sandkasten und tauschten den Sand aus. Wir rissen den alten Zaun ab, jäteten Unkraut und entfernten Gestrüpp. Meter um Meter wuchs unser Zaun aus 400 bunten Latten, erdige Hände verbuddelten Blumen in den Beeten und das Garagentor bekam ein buntes Graffiti.

Lohn für die Arbeit. Die zwei Tage waren für uns ein tolles Erlebnis. Und das hat man auch allen angemerkt. Keiner machte vorzeitig schlapp. Die Betriebe hatten uns den Freitag frei gegeben für die Aktion. Unseren Samstag haben wir alle freiwillig und gerne in die Aktion gesteckt. Denn man sah richtig, was man geschafft hat. Das Schönste aber ist es zu sehen, wie die Kinder auf dem Hof der Tafel spielen. Die Arbeit hat sich wirklich gelohnt. ■

Lisa Koischwitz

bearbeitet von Fabienne Melzer
Lisa Koischwitz ist Mitglied des Ortsjugendausschusses.



RENTE MIT 67

Die Regierung will die Rente mit 67 durchziehen – die Wirtschaft fordert schon die **Rente mit 70**.

Dabei können die meisten schon nicht bis 65 durchhalten.

Rente mit 67 heißt: Rentenkürzung. Das trifft vor allem Geringverdiener, die schon heute nur **43 Prozent** ihres letzten Nettos an Rente bekommen.

IST DAS »GUTES LEBEN«?

Die IG Metall will, dass die Junge Generation heute arbeiten und im Alter gut leben kann.

KURSWECHSEL FÜR EIN GUTES LEBEN



mehr ab Seite 18

Analyse im Betrieb

BETRIEBS-CHECK

Was ist das denn, der Betriebs-Check? Das ist ein neues Instrument für Betriebsräte, um für junge Leute im Betrieb bessere Bedingungen durchzusetzen. Besonders sie brauchen eine starke Interessenvertretung.

Man halte sich die bislang normale Erwerbsbiografie vor Augen: Nach der Schule eine Ausbildung, dann die Übernahme in eine feste Stelle ohne Befristung. Über gute Weiterbildungen immer neue Herausforderungen, die zufrieden machen. Dazu Sicherheit in puncto Rente. Das alles ist für junge Menschen heute unvorstellbar. Im schlimmsten Fall geht das eher so: Nach der Schule kein Ausbildungsplatz. Warten. Nach einer Ausbildung ist die Übernahme unsicher. Wer wechselt, ist erst befristet angestellt. Nach der Befristung noch eine Befristung. Wer studiert hat, macht in der Regel unbezahlte Praktika. Aus der Not heraus in eine Leiharbeitsfirma. Immer wieder woanders im Einsatz. Es bleibt kaum Geld übrig, um in



eine private Rente einzuzahlen. Familie gründen bei all der Unsicherheit? Lieber nicht.

Damit sich die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt für die jungen Menschen ändern – hin zu sicherer Arbeit unter fairen Bedingungen – muss auch in den Betrieben viel getan werden. Und dabei hilft der Betriebs-Check.

Analysieren und handeln. Der Betriebs-Check ist in erster Linie ein Instrument für Betriebsräte, mit der sie die Situation der jungen Generation im Betrieb analysieren können: Was ist bei uns am dringendsten zu tun? Zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen im Betrieb sollen konkrete Verbesserungen und Forderungen formuliert werden, mit denen der Betriebsrat dann an den Arbeitgeber herantritt. ■

Ilka.Grobe@igmetall.de

+ TIPP

Probleme anpacken

Mit dem Betriebs-Check können Betriebsräte und Belegschaft Probleme im Betrieb konkret anpacken. Fragt Eure Betriebsräte und Vertrauensleute, wann der Betriebs-Check bei Euch durchgeführt wird.

Bilder, die die Arbeitswelt bewegen

BLICK AUF DIE WELT

Kurzfilme zum Nachdenken, zum Weinen und zum Hoffnung machen. Gesammelt vom Internationalen Metallgewerkschaftsbund.

Der Internationale Metallgewerkschaftsbund hat im Rahmen seiner Kampagne gegen prekäre Beschäftigung ein Filmfestival in Genf ins Leben gerufen. Dieses Jahr wurden 15 Kurzfilme ausgewählt. Sie dokumentieren den Alltag von Gewerkschaftern in Osteuropa, in Asien, in Afrika oder in den USA Mal grausam. Mal ironisch.

Ein Film zeigt, unter welchen Bedingungen Kinder, Frauen und Männer alte Schiffe in Bangladesch zerlegen. Ein anderes Video beantwortet die nicht ganz ernst gemeinte Frage »Was haben die Gewerkschaften denn je für uns getan?«. Die internationalen Kurzfilme im Internet unter:

www.imfmetal.org



Die IG Metall-Leiharbeits-Tour in Offenburg

Foto: Gustavo Alàbiso

LEIHARBEIT Seit Ende der 90er-Jahre hat sich Leiharbeit mehr als verdreifacht. Die große Mehrheit der Menschen sagt: Leiharbeit ist Ausbeutung. Die IG Metall will Leiharbeit begrenzen und fair gestalten.



FINANZMARKT

Jahrelang haben Finanzmarktzocker Betriebe und Menschen zum Spielball gemacht. Die IG Metall will schärfere Regeln und eine Transaktionssteuer.



Die Frankfurter Börse feiert wieder: Läuten zum 425-jährigen Jubiläum.

Foto: Frank Rumpenhorst/dpa/pa

IG METALL-KAMPAGNE

KURSWECHSEL FÜR EIN
GUTES LEBEN



Das Steuer rumreißen und der Politik zeigen: Hier lang geht's. Macht endlich Politik für die Mehrheit der Menschen.

JETZT KURSWECHSEL

Die schwarz-gelbe Koalition hat aus der Krise nichts gelernt: Das Finanzcasino spielt weiter. Arbeitslose und Familien zahlen. Es gibt mehr Leiharbeit als zuvor. Junge Menschen bangen um ihre Zukunft. So nicht, sagt die IG Metall. Im Herbst gibt es überall Aktionen für den »Kurswechsel für ein gutes Leben«. **Von Dirk Erb**

»Gerecht geht es in Deutschland doch schon lange nicht mehr zu«, schimpft ein Radfahrer am Infostand der IG Metall-Leiharbeitskampagne im badischen Offenburg, »Gleiche Arbeit – Gleiches Geld«. Die Unterschriftenliste unterschreibt der Mann sofort. »Bei uns in der Firma haben die Leiharbeit richtig billig ausgenutzt.« Er selbst hat nach monatelanger Kurzarbeit »Null« den Job verloren. Sein Glück: Er kann jetzt mit 63 Jahren in Rente gehen. Doch außer ihm hat es einige Beschäftigte Mitte Fünfzig erwischt. »Die finden doch nie wieder Arbeit. Rente mit 67 – so ein Quatsch. Die sollen erst mal für die Jungen Arbeit schaffen.« Er schüttelt den Kopf. »So geht das nicht weiter.« Und damit ist er nicht allein. Das sagen heute fast alle hier.

Falsche Politik. Die schwarz-gelbe Koalition hat aus der Krise nichts gelernt: Die Finanzjongleure dürfen weiter spekulieren und kommen im »Sparpaket« ungeschoren davon. Die Kosten der Krise sollen Arbeitnehmer, Arbeitslose und Familien zahlen: allein minus 30 Milliarden Euro bei den Sozialausgaben.

Dabei ist Deutschland doch mit einer ganz anderen Politik vergleichsweise gut durch die Krise gekommen. Auch dank der IG Metall: Sie hat in den Betrieben Beschäftigung gesichert – und die Politik von der längeren Förderung der Kurzarbeit überzeugt. Weltweit ist die Rede vom »German Jobwunder«.

Doch nun im Aufschwung 2010 heißt es wieder: »Weiter so«, wie vor der Krise. In den Betrieben arbeiten 850 000 Leiharbeiter – mehr als je zuvor. Vor einem Jahr wurden sie noch massenhaft entlassen. Da waren es gerade mal 500 000. Festeinstellungen sind zur Ausnahme geworden. Und der neue schwarz-gelbe Gesetzesentwurf sagt: »Weiter so«. Keine Regulierung. Keine gleiche Bezahlung für Leih-

arbeitnehmer, womit Schwarz-Gelb obendrein auch die EU-Leiharbeitsrichtlinie missachtet.

Am IG Metall-Stand in Offenburg muss kaum jemand groß überzeugt werden. 300 Menschen unterschreiben heute, vom Hartz-IV-Emfänger bis zum Anzugträger. »Wenn ich das schon höre: Leiharbeit«, schimpft eine etwa 50-jährige Frau, schick und teuer gekleidet, die aus einem Kaufhaus schnurstracks zum Stand marschiert und unterschreibt. »Mein Sohn ist betroffen. Das kann ja wohl alles nicht sein.«

Gerade junge Menschen sind die Opfer. Sie finden oft keinen Ausbildungsplatz – und bekommen nur befristete Jobs oder eben Leiharbeit. Und doch sollen die Älteren bis 67 Jahre arbeiten. Obwohl schon 65 Jahre für die meisten völlig realitätsfern sind.

Ist das gutes Leben? Nein, sagt die IG Metall. Sie will einen Kurswechsel – und trifft damit den Nerv der Menschen. Das zeigen alle



Damit junge Träume nicht platzen: Die IG Metall will sichere Perspektiven für die junge Generation.

Foto: Gustavo Alábiso

SOZIALSTAAT

Im Schlepptau der Finanzmärkte hat die Politik Arbeit dereguliert und Sozialausgaben gekürzt. Das Resultat: schlechte Jobs und Armut. Die IG Metall will einen starken Sozialstaat.



Niedriglöhne und Rente mit 67 bedeuten Altersarmut in Zukunft.

Foto: Martin Schuttmull/dpa/pa

Fortsetzung auf Seite 20 ►►



Leiharbeiter
verstecken sich lieber.
Auch die ehemals
Leihbeschäftigten
bei Huber Packaging
bleiben anonym.

Foto: Joachim E. Roettgers/GRAFFITI



LEIHARBEIT

Sie sind billig, einfach zu feuern und haben Angst. Die Arbeitgeber wollen systematisch feste Arbeit durch Leiharbeit ersetzen.

►► Fortsetzung von Seite 19

Umfragen. Und das zeigen auch die Gespräche am Stand in Offenburg. Viele erzählen hier heute ihre Geschichten: Wie eine »Heuschrecke« ihren Betrieb aussaugte. Oder wie Banken den Hahn zudrehten, »und das, nachdem die mit unseren Milliarden gerettet wurden«. Irgend jemand – oder »Ihr, die IG Metall« – muss endlich mal was tun.

»Wir demonstrieren bald, damit es besser wird. Sind sie dabei?«, fragt Bianka Hamann von der IG Metall Offenburg. Viele drehen sich erschreckt weg. »Ich hab' mal mitdemonstriert«, sagt ein Hartz-IV-Empfänger, der besonders laut

auf die Politik schimpft. »Aber da hat sich nichts geändert. Das juckt die Großen doch nicht.«

Doch. Kämpfen lohnt sich. Das findet Felix Scheer, im zweihundert Kilometer entfernten schwäbischen Öhringen. Scheer ist hier im Juni beim Verpackungshersteller Huber Packaging als Leihbeschäftigter eingestellt worden, für 800, 900 Euro Netto im Monat. Seit Jahren hangelt er sich von Leihjob zu Leihjob. »An eine Familie ist da nicht zu denken«, sagt der 24-Jährige. »Und an Altersvorsorge sowieso nicht.« Dabei wäre das bei seinen geringen Rentenbeiträgen als Leihbeschäftigter bitter nötig.

Doch seit August verdient Scheer 600 Euro mehr. Er und die anderen Leihbeschäftigten haben jetzt befristete Verträge nach IG Metall-Tarif. Dafür hat die ganze Belegschaft – Stamm- und Leihbeschäftigte – nach Aufruf der IG Metall mit Warnstreiks gekämpft.

»Wir haben immer Auftragsspitzen über Befristungen abgedeckt. Bis dieses Jahr die Geschäftsleitung plötzlich Leiharbeiter ein-

gestellt hat«, erzählt der Betriebsratsvorsitzende Siggie Hubele. »Aber die Belegschaft hat begriffen, dass es hier nicht um Flexibilität, sondern ums Sparen geht. Und dass dadurch auch ihre festen Arbeitsplätze unter Druck geraten.«

Das Ergebnis: Bei Huber Packaging gibt es Befristungen. Aber keine Leiharbeit. Punkt.

Doch auch Befristung ist nicht optimal. Zwar fair bezahlt, aber ohne Zukunftsperspektive. Das wissen Hubele und seine Kollegen. »Wenn die Befristung hier ausläuft, bleibt vielen nichts anderes übrig, als wieder zur Leiharbeitsfirma zu gehen«, erzählt Hubele. »Die Arbeitsagentur bietet ja gar nichts anderes mehr an, außer einer Liste mit Leihfirmen. Und dann heißt es: Bewirb Dich mal.«

Ein gesellschaftlicher Skandal, findet Siggie Hubele. Erfolge im Betrieb sind wichtig – aber nicht genug. Deshalb hat er mit anderen IG Metall-Kollegen eine Protestaktion bei einer Leiharbeits-Messe der örtlichen Arbeitsagentur durchgezogen. In weißen Maleroveralls und Unkrautspritzen rückten sie zum »Entseuchungseinsatz gegen das Leiharbeits-Virus« an und verteilten Flugblätter. »Es hat gut getan, die Veränderung bei den Arbeitslosen zu sehen. Ausgeduckten Untertanen, die sich den Leihfirmen andienen sollten, wurden wieder lachende, zornige Menschen, die sich nicht alles gefallen lassen. Die Leiharbeits-Messe ist geplatzt.«



Foto: Gustavo Alábliso

Am Infostand
der IG Metall:
Viele Geschichten
und viel Wut.

SOZIALSTAAT

Nach Hartz I bis IV sollen nun die »kleine Kopfpauschale« und die Rente mit 67 kommen. Die Mehrheit der Menschen lehnt das ab. Die IG Metall auch.





JUNGE GENERATION

Felix Scheer, 24, zeigt Gesicht. Seit Jahren schlägt er sich mit Leihjobs durch. Familie oder Altersvorsorge sind nicht drin. So nicht. Die IG Metall will gute Bildung und sichere Arbeit für die junge Generation.



Foto: Joachim E. Roetters / GRAFFITI



Foto: Ohmdorf



SPARPAKET

Das schwarz-gelbe Sparpaket verschont Banken und Vermögen. Zahlen sollen Arbeitslose und Familien. »Annahme verweigert«, sagt die IG Metall.

Aufstehen für den Kurswechsel. Wie bei Huber Packaging haben IG Metall-Mitglieder in über 500 Betrieben die Begrenzung und faire Bezahlung von Leiharbeit durchgesetzt. In ebenso vielen Betrieben haben Azubis ihre Übernahme nach der Ausbildung erkämpft. Und in den letzten Wochen haben Tausende gegen die Rente mit 67 und das »Sparpaket« demonstriert.

In den nächsten Wochen gibt die IG Metall richtig Gas: Mit der Kampagne »Kurswechsel für ein gutes Leben«. Für mehr Gerechtigkeit, für

schen, ihre Würde und Selbstbestimmung und ihr gutes Leben im Mittelpunkt stehen.

»Der Kurswechsel gelingt uns nicht von heute auf morgen«, macht der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber klar. »Das ist mit einer großen Demonstration nicht getan. Das wird ein langer Weg in vielen Etappen.«

Es wird zwar auch Großdemonstrationen geben, von Berlin bis Brüssel. Schwerpunkt sind jedoch viele regionale Aktionen: Kundgebungen und Infostände auf den Straßen und vor den Betrieben. Anzeigen auf Plakaten, U-Bahn-Infoschirmen und Litfasssäulen. Diskussionsrunden mit Politikern und Wissenschaftlern. Pressekonferenzen in Betrieben zum Unsinn der Rente mit 67. Leiharbeiter-Ver-

sammlungen zum Tag der prekären Beschäftigung am 7. Oktober. Postkarten- und Unterschriftenaktionen gegen die Rente mit 67, für Ausbildung und Übernahme und gegen das »Sparpaket«. Im November werden mehrere LKWs Sparpakete vor dem Kanzleramt abladen: »Annahme verweigert«. Mehr als 100 Aktionen sind schon geplant. Und es werden mehr.

»Der Einsatz von uns allen ist gefordert: Redet mit Kollegen, Freunden und Nachbarn. Wir brauchen viele Mitstreiter und viele IG Metall-Mitglieder«, macht Detlef Wetzlar klar. »Nur gemeinsam können wir erfolgreich sein.« ■



RENTE MIT 67

Die Jungen finden keine Arbeit. Die Älteren sollen bis 67 weiterarbeiten, obwohl es die meisten nicht mal bis 65 schaffen. Weg damit, sagt die IG Metall.

die Zukunft der jungen Generation und für einen starken Sozialstaat, ohne Rente mit 67 und »kleine Kopfpauschale«. Und für die Regulierung der Finanzmärkte, die über eine Transaktionssteuer für die Kosten der von ihnen verursachten Krise zahlen sollen.

»Jammern nutzt nichts. Wir müssen handeln und Zeichen setzen, auf den Straßen – und vor allem in den Betrieben«, fordert der Zweite IG Metall-Vorsitzende Detlef Wetzlar.

»Kurswechsel für ein gutes Leben« heißt: Schluss mit der Politik für Vermögende und entfesselte Märkte. Für eine Politik, in der die Men-

KURSWECHSEL FÜR EIN
GUTES LEBEN



MITMACHEN

MACH DEIN DING

■ Gestalte selbst Flyer und Plakate für den Kurswechsel und sprich unter dem Aktionsmotto »Du auch?« Mitstreiter an. Schnell gestalten und ausdrucken unter:

▶ www.igmetall.de/print-me



Flyer, Postkarten
und Plakate zum
selbst gestalten.

WERDE AKTIV

■ Für den »Kurswechsel für ein gutes Leben« brauchen wir Dein Engagement.

Sei dabei. Und sprich mit Freunden, Kollegen und Nachbarn über unsere Themen. Mehr Informationen für Aktive und Flyer zum Verteilen:

▶ www.igmetall.de/duauch/aktive



Foto: Wegewerk

WERDE VERTEILER

■ Mach mit bei unserer Aktion »Liegen lassen«. Lege unsere Kampagnenzeitung »kompakt« beim Arzt, in der Kneipe und im Zug aus. Gib sie Freunden, Kollegen und Nachbarn. Die kompakt gibt es hier:

▶ www.igmetall.de/kompakt

SEI DABEI

Sei dabei beim Kurswechsel. Infos über Aktionen in Deiner Nähe gibt es bei Deinem Betriebsrat, Deiner IG Metall vor Ort und im Internet: ▶ www.igmetall.de/Herbst2010

ZU BESUCH
BEI SANDRA
SATTLER

Junge Menschen, die gerade mit ihrer Berufsausbildung anfangen, haben viele Fragen. Sandra Sattler geht in ihrer Freizeit in Berufsschulen. Dort klärt sie Auszubildende über ihre Rechte auf und steckt sie an mit ihrer Begeisterung für die IG Metall.

Wenn Sandra Sattler für die IG Metall auf Berufsschultour geht, verlässt sie kurz vor sechs Uhr ihre Wohnung in Mainz. Die Studentin wappnet sich mit Salamibrötchen und Unterrichtsmaterial. Sandra informiert Berufsschüler über Rechte und Pflichten in der Ausbildung und wirbt für die IG Metall.

Diesmal soll Sandra vor einer Klasse von IT-Azubis sprechen, die gerade ihre Ausbildung angefangen haben und nun Blockunterricht an der Frankfurter Werner-von-Siemens-Schule haben. Der Religionslehrer Wolfgang Steinmetz ist der Türöffner. Er begleitet Sandra in den vollbesetzten Klassenraum und stellt sie kurz vor.

»Wer von Euch ist denn schon Mitglied in einer Gewerkschaft?«, fragt Sandra. Zwei Schüler melden sich. Die anderen haben eine ungefähre Vorstellung von dem, was eine Gewerkschaft so macht. »Sie vertritt die Interessen von Arbeitnehmern«, erklärt einer. »Die streiken manchmal«, ergänzt ein anderer. Anderthalb Stunden hat Sandra, um einer Klasse die wesentlichen The-

Mehr Geld vom Fiskus

DER RECHTSFALL

Leiharbeitnehmer verfügen üblicherweise nicht über eine regelmäßige Arbeitsstätte. Sie haben deshalb das Recht, bei ihrer Steuererklärung einen Mehraufwand für die Verpflegung als Werbungskosten geltend zu machen.

Die meisten Leiharbeitnehmer sind regelmäßig an wechselnden Einsatzorten tätig. Sie müssen jederzeit mit einem Wechsel rechnen, sodass sie keine Möglichkeit haben, Wegekosten zum »Entleihbetrieb« zu verringern. Darum stellt dieser auch keine regelmäßige Arbeitsstätte dar. Der Bundesfinanzhof hat entschieden, dass es sich in solchen Fällen um eine berufliche Auswärtstätigkeit handelt, für die Leiharbeitnehmer Reisekosten geltend machen können. Sie werden im Vergleich zur »normalen« Pendlerpauschale mindestens mit dem doppelten Betrag steuerlich berücksichtigt (siehe Kasten).

Geld für Verpflegung. Leiharbeitnehmer, die an verschiedenen Orten und bei unterschiedlichen Kunden einen Einsatz haben, gehen einer Auswärtstätigkeit nach. Das bestätigte kürzlich der Bundesfinanzhof, wonach die Räumlichkeiten bei Kunden des Arbeitgebers keine regelmäßige Arbeitsstätte sind. Ein Leiharbeitnehmer darf deshalb grundsätz-



Foto: Bookaz/iStockphoto.com

Bei einer Auswärtstätigkeit können Leiharbeitnehmer die Fahrt zwischen Wohnung und Einsatzort als Reisekosten absetzen.

WISSEN

Wegekosten absetzen

Für Fahrten zwischen Heimat- und Einsatzort kann man die tatsächlichen Aufwendungen oder eine Kilometerpauschale von je 30 Cent als Werbungskosten absetzen – und zwar für den Hin- und Rückweg. Bei den tatsächlichen Aufwendungen werden alle Ausgaben für einen PKW berücksichtigt. Hierzu addiert man sämtliche Kosten wie Abschreibung, Benzin oder Versicherung und verteilt sie auf die privat und die dienstlich gefahrenen Kilometer. Es empfiehlt sich, ein Fahrtenbuch zu führen.

lich auch den Mehraufwand für seine Verpflegung steuerlich geltend machen. Pro Tag kann man einen Pauschbetrag von sechs Euro bei mindestens 8 Stunden, 12 Euro bei mindestens 14 Stunden und 24 Euro bei mindestens 24 Stunden Abwesenheit als Werbungskosten geltend machen.

Bei einem dauerhaften Einsatz in ein und derselben Betriebsstätte unterstellt der Fiskus, dass es sich um eine regelmäßige Arbeitsstätte handelt. Dann erkennt das Finanzamt den Verpflegungsmehraufwand nur für die ersten drei Monate an. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Mehr zu den BFH-Urteilen:
www.igmetall.de/steuern

Die bots in Deutschland

KONZERT-TIPP

Alle, die bei den Streiks für die 35-Stunden-Woche dabei waren, erinnern sich mit Sicherheit auch an die bots. Nach 15 Jahren Pause sind sie mit neuem Sänger auf Deutschlandtournee. So viel sei verraten: Das Lied »Was wollen wir trinken, sieben Tage lang« heißt nun »Was wollen wir denken, sieben Tage lang«. Alle Termine unter www.meistersingerkonzerte.de. **Wer möchte Karten gewinnen?** Je zwei gibt es für Frankfurt/Main (20.10.), Worpswede (28.10.), Oberhausen (30.10.) und Osna-brück (26.11.) Schreib eine E-Mail mit Ortswunsch an: metallzeitung@igmetall.de ■



Foto: Veranstalter

-Effekt

men wie Betriebsrat, Tarifverträge und Bezahlung zu erklären. Besonders hellhörig werden die Berufsschüler, wenn es um ihre Rechte wie Urlaub und Übernahme geht. Manche Azubis haben nur 26 Urlaubstage und wundern sich, dass andere 30 Tage frei bekommen.

Krasse Unterschiede. Auch bei der Aussicht auf Weiterbeschäftigung gibt es krasse Unterschiede. »Wir werden mindestens ein Jahr nach der Ausbildung übernommen, das steht so in unserem Vertrag«, erzählen die Azubis eines Großbetriebs. Andere haben von dieser Möglichkeit noch gar nicht gehört.

Sandra ist eine von einem knappen Dutzend Teamern der Verwaltungsstelle Frankfurt. Im Frühjahr und Herbst sind sie zwei Wochen lang in Berufsschulen unterwegs. Geschult werden sie dafür in Seminaren. Sandra ist schon das vierte Jahr mit Begeisterung dabei.

Sie setzt auf den Aha-Effekt, dass die Jugendlichen merken: »Mit Gewerkschaft geht es besser, da hab ich echt was von und das bringt der ganzen Gesellschaft etwas.« In den Pausen ist der Stand der IG Metall im Foyer der Berufsschule dicht umlagert. Heiß begehrt sind Kulis und Infomaterial. Einige Schüler unterschreiben spontan ihr Beitrittsformular. Wie der



MACH MIT

In der Schule präsent sein

Die Berufsschultour der IG Metall findet bundesweit statt. Wer Interesse daran hat, selbst ein Teamer zu werden, wendet sich an seine Verwaltungsstelle. Für den Einsatz im Schulhof und vor der Klasse gibt es umfassende Schulungen.



Sympathieträgerin: Sandra Sattler rät Berufsschülern, Metaller zu werden.

18-Jährige aus einem kleinen Elektrohandwerksbetrieb. »Ich finde, die Gewerkschaften sind die einzigen, die etwas für uns Auszubildende tun«, sagt er.

Werkstatt fegen. Der Jugendliche ist mit seinem Betrieb total unzufrieden. Er muss viele ausbildungsfremde Arbeiten machen, zum Beispiel die Werkstatt fegen. Oft wird er allein auf eine Baustelle geschickt. Sein Chef stellt dem Kunden Gesellenstunden in Rechnung, obwohl er noch gar nicht ausgelernt hat.

»Das hören wir ganz oft, dass Azubis als Arbeiter missbraucht werden«, sagt Sandra. »Mir sträuben sich da die Nackenhaare.« Regelmäßig das Auto vom Chef waschen oder nach Feierabend dessen Haus renovieren geht gar nicht.

Nach sechs Unterrichtsstunden in drei Klassen ist der Einsatz für heute beendet. Sandra eilt zum Zug nach Mainz. Dort wartet ihr Job beim Kinder- und Jugendtelefon, mit dem sie ihr Psychologiestudium finanziert. Sie steht kurz vor dem Abschluss. Für die IG Metall hat sie aber auch in der heißen Prüfungsphase Zeit. »Weil es mir wichtig ist, ganz einfach.« ■

Martina.Helmerich@igmetall.de

Anzeige

Graue Haare?

Fehlanzeige! Aber genau der richtige Zeitpunkt, mit Vorsorge zu beginnen.

www.metallrente.de

MetallRente

Eine gemeinsame Einrichtung von Gesamtmetall und IG Metall

Foto: Frank Rumpenhorst

Je größer der Hunger, desto mieser die Jobs

WAS MICH BESCHÄFTIGT

Jyrki Raina, Generalsekretär des Internationalen Metallgewerkschaftsbunds (IMF), über miese Bedingungen in Europa, Asien, Lateinamerika und Afrika.

Leiharbeit, befristete Jobs: Ist das ein internationaler Trend?

Jyrki Raina: Ja. Leider. Die Situation ist überall auf der Welt sehr schwierig. Ob in Russland oder in Indien, ob in São Paulo oder in Manila: Unternehmen versuchen Beschäftigte mit miesen Arbeitsbedingungen klein zu halten. Je höher die Arbeitslosigkeit, je größer der Hunger, desto eher sind Menschen bereit, sich auch unter den schlimmsten und ungerechtesten Bedingungen knechten zu lassen.

Welche Möglichkeiten gibt es denn, prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu verhindern?

Raina: Die Lösung ist so einfach wie schwierig. Überall dort, wo wir gewerkschaftliche Strukturen einführen, können Beschäftigte ihre Arbeitsbedingungen sehr schnell und sehr konkret verbessern. Wir hoffen, dass von diesen positiven Erfahrungen im-

mer mehr Länder und Beschäftigte profitieren können.

Hast Du aktuelle Beispiele?

Raina: Nach einem zweiwöchigen Streik konnte beispielsweise Numsa, die südafrikanische Metall-Gewerkschaft, einen tollen Erfolg verbuchen: Dort wurde mit den Autoherstellern der Ausstieg aus der Leiharbeit vereinbart. Bis zum Ausstieg gibt es gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Außerdem gelingt es der IG Metall, immer mehr Besservereinbarungen in Sachen Equal Pay zu erreichen. Das macht Mut.

Was tut der IMF, um prekäre Beschäftigung zu bekämpfen?

Raina: Wir koordinieren internationale Aktionen. Wir helfen unseren Mitgliedsorganisationen, für Gesetze und für Tarifverträge zu mobilisieren, um die Bedingungen für prekär Beschäftigte zu verbessern. Wir unterstützen Beschäftigte, sich – selbst unter sehr gewerkschaftsfeindlichen Bedingungen – zu organisieren. Wir machen die Öffentlichkeit aufmerksam. Und wir arbeiten eng mit internationalen Organisationen zusammen. ■

Susanne.Rohmund@igmetall.de

News über die Arbeit des IMF:

▶ www.imfmetal.org

Jyrki Raina leitet den IMF. Der IMF sitzt in Genf und vertritt die Interessen von 25 Millionen Metallern in über 200 Gewerkschaften in 100 Ländern.



Mit Argumenten überzeugen

GUTER RAT

Für die einen ist sie Ehrensache. Andere glauben, sie sei ein Karrierekiller. Und manche wissen erst gar nicht, was sie von ihr haben – und zwar von einer Mitgliedschaft in der IG Metall.

Die härtesten Gewerkschaftsmuffel sind häufig diejenigen, die keinen blassen Dunst haben, was die IG Metall und ihre betrieblichen Arbeitnehmervertreter für die Belegschaft leisten. IG Metall-Mitglieder, die Arbeitskollegen für die Mitgliedschaft begeistern wollen, müssen sich nicht selten mit hartnäckigen Behauptungen herumschlagen. Hier die häufigsten Ausreden und die besten Argumente für eine Mitgliedschaft.

»Den Beitrag kann ich mir sparen. Ich profitiere ja auch als Nichtmitglied von den Tarifverträgen der IG Metall.«

Je mehr Beschäftigte in der IG Metall sind, desto mehr Druck kann sie machen und bessere Tarifab-

schlüsse durchsetzen. Wer glaubt, dass ein Arbeitgeber die ganze Belegschaft aus purer Freundlichkeit »freiwillig« nach Tarif bezahlt, der irrt. Der Arbeitgeber will in erster Linie verhindern, dass alle in die Gewerkschaft eintreten und noch mehr Druck machen können. Was »Trittbrettfahrer« oft nicht wissen: Nur Gewerkschaftsmitglieder haben einen Rechtsanspruch auf tarifliche Leistungen – auch dann noch, wenn der Arbeitgeber aus dem Tarif austritt, weil er geringere Löhne durchsetzen will. Wer dagegen kein Mitglied ist und versucht die tariflichen Leistungen vor Gericht einzuklagen, bekommt eine Abfuhr: Kein Mitglied – kein Recht auf Tarif. Übrigens: Die IG Metall-



Foto: Richard Julliard/IMF



Die IG Metall und ihre betrieblichen Arbeitnehmervertreter nehmen es auch mit großen Tieren auf.

Illustration: Leonardo Pellegrino

Tarifverträge liegen alle über dem, was das Gesetz vorschreibt. Beispiele:

■ **Urlaub:** 30 Arbeitstage im Jahr nach Tarif – 24 Werktage nach Gesetz.

■ **Urlaubs- und Weihnachtsgeld:** Gibt es nur nach Tarif.

■ **Ausbildung:** Nach den meisten Tarifverträgen müssen Betriebe ihre Azubis für mindestens zwölf Monate übernehmen.

»Die IG Metall ist doch eine **Arbeitergewerkschaft.**«

Ihre Wurzeln hat sie in der Arbeiterbewegung. Inzwischen gibt es viele Angestellte, Akademiker, insbesondere Ingenieure, in der IG Metall. Auch sie profitieren von den Tarifverträgen. In Betrieben mit IG Metall-Tarif erhalten Ingenieure rund 19 Prozent mehr.

»Als **außertariflicher Angestellter habe ich nichts von den Tarifverträgen der IG Metall.**«

Außertarifliche Verträge kann es nur dort geben, wo ein Tarifvertrag als Basis vorhanden ist. AT-Angestellter kann also nur der sein, dessen Gehalt und Arbeitsbedingungen besser sind, als das, was tariflich geregelt ist. In einem AT-Vertrag gibt es Mindestgrenzen, die mit jeder Tarif-

erhöhung und jeder Verbesserung der Arbeitsbedingungen steigen.

»Wenn mein Chef erfährt, dass ich in der Gewerkschaft bin, kann ich meine Karriere an den Nagel hängen.«

Die meisten Chefs schätzen Gewerkschaften. Die Krise hat gezeigt: Arbeitgeber und IG Metall haben auf Kooperation und gemeinsame Problemlösung gesetzt. Klar, es gibt auch schwarze Schafe. Chefs, die ignorieren, dass es Grundrecht ist, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Aber: Eine Mitgliedschaft ist vertraulich.

+ TIPPS

Vorteile für Mitglieder

■ Infos zu den Leistungen der IG Metall, Ratgeber und Tipps für den Arbeitsplatz findest Du im Mitgliederbereich im Internet:

► www.igmetall.de/mitglieder

■ Du willst Deine Arbeitskollegen für die IG Metall begeistern? Hier gibt es den Flyer und Infos zur Aktion »Du auch?« zum Verteilen:

► www.igmetall.de/duauch

DU AUCH?

»**Mein Betrieb hat keinen Tarif. Was bringt mir die IG Metall?**«

Mit genügend Mitgliedern lässt sich auch in Deinem Betrieb ein Tarifvertrag durchsetzen. Und auch ohne erhältst Du alle Leistungen der IG Metall – etwa Rechtsschutz bei sozial- und arbeitsrechtlichen Problemen, die Freizeitunfallversicherung und vieles mehr. Infos erhältst Du bei Deiner IG Metall vor Ort.

»**Ein Prozent vom Brutto ist mir zu viel Mitgliedsbeitrag.**«

Die IG Metall finanziert sich ausschließlich über die Beiträge ihrer Mitglieder. Damit betreut, berät und schult sie Betriebsräte und Vertrauensleute, die Jugend- und Auszubildendenvertretung sowie die Schwerbehindertenvertretung. Denn nur kompetente Vertreter können die Interessen der Belegschaft durchsetzen.

Für Mitglieder gelten Tarifverträge, die gesunde und faire Arbeitsbedingungen, kürzere Arbeitszeiten, mehr Urlaub, mehr Weiterbildung und ein höheres Einkommen sichern.

Auch bei Arbeitslosigkeit bietet die IG Metall ihren Mitgliedern Schutz und Zusammenhalt. Erwerbslose zahlen den verringerten Monatsbeitrag von 1,53 Euro. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

IN KÜRZE

In die Glotze schauen

Kann Sozialkritik spannend sein? Ja, sie kann. Ab 9. Oktober sendet Arte die US-Serie »Breaking Bad«, in der ein Familienvater zum kriminellen Drogenboss wird. Er hat Krebs und nur noch ein Ziel: seine Familie gut versorgt zurückzulassen. Die Wandlung des kreuzbraven Mittelschichtvertreters heimste in den USA bereits Preise ein. ■



Franzens neues Buch: eine Abrechnung mit der Bush-Ära

Jeder denkt nur an sich

In seinem neuen Buch »Freiheit« beschreibt der US-Erfolgsautor Jonathan Franzen Last und Frust der Bush-Ära. Weil in einer amerikanischen Familie jeder nur an sich denkt, bricht das soziale Gefüge auseinander. Die Kritik am Neoliberalismus gibt es auf 736 Seiten für 24,95 Euro. ■

Anzeige

Im Auge nblick ist alles okay?

Super, dann fangen Sie jetzt an, vorzusorgen.

www.metallrente.de

MetallRente Eine gemeinsame Einrichtung von Gesamtmetall und IG Metall



Foto: Robert Haas/dpa/pa

Ingenieure »made in Germany« sind gefragt, auch wenn sie künftig Bachelor oder Master heißen und nicht mehr den Dipl.-Ing. als Titel führen.

Ingenieur, quo vadis?

TECHNISCHES STUDIUM

Eine Reihe von Universitäten wollen wieder den Diplom-Ingenieur verleihen. Die IG Metall lehnt dagegen eine Rückkehr zum Dipl.-Ing. ab und fordert eine konsequente Weiterentwicklung von Bachelor und Master.

Kaum ein akademischer Titel steht so für grundsätzliche Ingenieursarbeit wie der Dipl.-Ing. Jetzt wird er schrittweise an den Unis abgeschafft. Ingenieure machen in ihrem Fach dann die Abschlüsse Bachelor und Master.

Diese Entwicklung wird freilich von manchen bedauert. Die neun größten Technischen Universitäten wie München und Dresden wollen den Diplom-Ingenieur weiter an Studenten verleihen, die ein fünfjähriges Studium absolvieren. Wer Ingenieur werden will, fragt sich, was zukunftsfähiger ist und welcher Titel ihnen später auf dem Arbeitsmarkt mehr nützt.

Die IG Metall lehnt klipp und klar eine Rückkehr zum Diplom-Ingenieur ab. Die Bachelor- und

Masterstudiengänge sind an den deutschen Hochschulen bereits Realität. Bei den Ingenieurwissenschaften sind über 90 Prozent

auf die neue Struktur umgestellt. Statt sich über den akademischen Titel zu streiten, sollten die Universitäten nicht nur nach Auffas-

sung der IG Metall Studium und Lehre verbessern. Noch immer sind die Studiengänge mit zuviel Stoff überfrachtet. Der Prüfungsdruck führt dazu, dass viele schon im Grundstudium abbrechen. Jeder, der erfolgreich ein Bachelorstudium absolviert, soll auch seinen Master machen können. Eine Rückkehr zu den vermeintlich guten alten Zeiten, die es nie gegeben hat, bringt nichts. ■

Martina.Helmerich@igmetall.de

Die IG Metall hat zur Verbesserung von Studium und Lehre in den Ingenieurwissenschaften Vorschläge erarbeitet. Die Broschüre »Umsteuern« unter:

► www.igmetall.de

→ Jugend

→ Stichwort Umsteuern

? INTERVIEW

Was rätst Du Ingenieursstudenten: den Bachelor oder den Dipl.-Ing. zu machen?

Klaus Heimann: An fast allen Hochschulen in Deutschland kann man nur den Bachelor-Abschluss machen. Das ist auch gut so.

Ist die Abschaffung des Dipl.-Ing. nicht ein großer Verlust?

Heimann: Nein. Titel sind Schall und Rauch. Wichtig sind gute Studienbedingungen. Da liegt noch manches im Argen.

Welche Unis sind für Ingenieursstudenten besonders geeignet?

Heimann: Das hängt von vielen Faktoren ab (siehe Checkliste oben). Auf jeden Fall sollten sich angehende Studenten frühzeitig informieren und nicht nur eine Person zu Rate ziehen. ■

Foto: Annette Hornischer



Klaus Heimann, zuständig für Bildungspolitik beim Vorstand der IG Metall.

Den Horizont erweitern

BILDUNGS-URLAUB

In den meisten Bundesländern haben Arbeitnehmer einen Anspruch auf Bildungsurlaub. Doch viele wissen nicht, wie sie die bezahlte Freistellung richtig beim Chef beantragen.



Töpfern, Sprachkurs oder Fachseminar – alles möglich mit Bildungsurlaub.

Neue Computerprogramme oder gesellschaftliche und politische Veränderungen wollen verstanden werden. Ganz gleich ob im Betrieb oder zu Hause. Darum ist für Arbeitnehmer, die am Ball bleiben wollen, lebenslanges Lernen heute ein Muss.

Wer sich fortbilden oder seinen Horizont erweitern will, muss weder den Urlaub opfern noch nach Feierabend die Schul-

bank drücken. Der Grund: In fast allen Bundesländern haben Beschäftigte einen Anspruch auf fünf Tage Bildungsurlaub im Jahr. Oder zehn Tage innerhalb von zwei Jahren. Für die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen und Thüringen existiert allerdings keine solche Regelung.

Während der Freistellung zahlt der Arbeitgeber das Entgelt weiter. Die Kursgebühren und die

Kosten für Material müssen Teilnehmer selbst tragen.

Sechs Wochen vorher. Bildungsurlaub muss man spätestens sechs Wochen vor Beginn schriftlich beim Arbeitgeber beantragen. Es ist der genaue Zeitpunkt zu nennen, die Anmeldebestätigung vorzulegen und mitzuteilen, dass die Freistellung nach dem Bildungsurlaubsgesetz erfolgt. Und: Ein Kurs muss in dem Bundesland anerkannt sein, in dem das Unternehmen seinen Sitz hat. Übrigens: Auch viele Seminare der IG Metall sind anerkannte Veranstaltungen.

Die Weiterbildung ablehnen darf der Chef nur aus zwingenden betrieblichen Gründen – ähnlich wie beim Erholungsurlaub.

Übertragen lassen. Wer seinen Bildungsurlaub nicht nutzt, kann ihn auf das Folgejahr übertragen lassen, indem man bis zum 31. Dezember einen schriftlichen Antrag beim Arbeitgeber stellt. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Flyer und Seminarangebote:

www.igmetall.de/bildung

IN KÜRZE

Gut geWAPnet?

Wer war noch nicht im WAP? Das lohnt sich, denn in diesem Internetportal geht es um W wie Weiterbilden, A wie Ausbilden und P wie Prüfen. Das Bildungsportal der IG Metall findet man unter www.igmetall-wap.de mit aktuellen Meinungsbeiträgen und vielen nützlichen Tipps für Schule, Ausbildung, Uni und Arbeitsmarkt. ■



Lernen mit lauter Mucke? Kein Problem, sagen Experten.

Lernen mit Musik

Gerade mit der Ausbildung angefangen und schon die ersten Prüfungen? Die gute Nachricht: Lernen mit lauter Musik mindert weder Konzentration noch Leistung. Das haben Musikwissenschaftler aus Dortmund getestet. Voraussetzung ist aber, dass man regelmäßig laut Musik hört. ■

Klare Regeln für Dual Studierende schaffen

Die IG Metall setzt sich dafür ein, dass die Sozialversicherungspflicht für alle Dual Studierenden erhalten bleibt. Nach einem Urteil des Bundessozialgerichts erheben die Sozialversicherungsträger von den meisten Teilnehmern an einem praxisintegrierenden Studium zum 1. Oktober keine Beiträge mehr. Die Sozialkassen vertreten

die Ansicht, die Vergütung dieser Gruppe falle nicht unter das versicherungspflichtige Einkommen nach dem Sozialrecht.

Was für die Studis erstmal attraktiv erscheinen mag, schadet nicht nur den Kassen, sondern auch ihnen. Denn: Wer nichts ein-zahlt, hat im Alter auch weniger in der Tasche.

Zurzeit sind Dual Studierende »normale Beschäftigte« im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes. Die IG Metall will, dass für die Studis klare Regeln geschaffen werden, die sich am arbeits- und sozialrechtlichen Status von betrieblichen Auszubildenden orientieren (siehe auch metallzeitung 9/2010, Seite 12). ■

Anzeige



Abgebildet sind fünf Themen, die die IG Metall im Herbst ganz oben auf der Tagesordnung hat. Trage die Begriffe in die Kästchen ein. Das Lösungswort ergibt sich aus den rot umrandeten Feldern.

J E N T

2 1 10

F N M

3

H A T

6 4 8

P A

5 9

E I 6

7

LÖSUNGSWORT:

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Bitte das Lösungswort bis zum **26. Oktober 2010** unter Angabe von Vor-, Nachname und Adresse auf eine Karte schreiben und per Post an: Redaktion metallzeitung, Preisrätsel, 60244 Frankfurt. Oder per E- Mail an: raetsel@igmetall.de



ZU GEWINNEN:
 10 x das Buch
 »Kurswechsel für Deutschland
 – Die Lehren aus der Krise«
 von Berthold Huber